

AUSSENPOLITIK UND INTERNATIONALE ORDNUNG

Bernhard Stahl | Sebastian Harnisch (Hrsg.)

Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten

Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008



Nomos

IV. Frankreich: Das jähe Ende des neutralen Vermittlers

Bernhard Stahl

1. Kontext

1.1 Außenpolitische Identität

Die französische nationale Identität stellt nahezu das Gegenteil zur deutschen Nachkriegskonstruktion dar. Sie ist gekennzeichnet von einer starken Betonung des Eigenen und der Bewahrung französischer Besonderheit. Der Zweite Weltkrieg bildet, anders als in der deutschen Geschichte, nicht das zentrale formative Ereignis. Vielmehr erdet sich die französische Identität überwiegend in der Revolution von 1789 – das Selbstverständnis als europäische Großmacht geht sogar weiter in der Geschichte zurück.

Die hier zugrunde gelegten Elemente der französischen Identität (vgl. Abbildung 1) wurden aus Analysen der Diskurse um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) Anfang der 1950er Jahre und um das Maastricht-Referendum von 1992 gewonnen (vgl. Stahl 2006: 113-135). Für die Kennzeichnung der beiden Diskurslager in der französischen EVG-Debatte hat Raymond Aron (1956: 12) die Begriffe „Idealisten“ und „Realisten“ eingeführt. Zu den von den Idealisten benutzten Identitätselementen zählen *Frankreich als Teil des christlichen Abendlands* und *Frankreich als Teil des Westens*. In der Auseinandersetzung um die Verträge zur Europäischen Union spielen sie allerdings keine Rolle mehr.¹ In beiden Diskursen war das Element *Frankreich als Teil einer europäischen Schicksalsgemeinschaft* präsent, aber schwach ausgeprägt. Ergänzt man diese Identitätselemente um idealistische Argumentationsmuster, so entsteht eine „idealistische Diskursformation“. Sie steht in Frankreich im Ganzen auf schwachen Füßen,² wird jedoch seit den 1980er Jahren von prominenten Intellektuellen der Pariser Elite getragen („nouveaux philosophes“), die für eine stete Präsenz idealistischer Argumentationsmuster im öffentlichen Diskurs sorgen.

Ungleich stärker als die erwähnten drei Elemente wurde in beiden Diskursen das Identitätselement *Frankreich als Großmacht* verwendet. Aufgeladen wurde es dabei

1 Damit waren diese Elemente zwar „deaktiviert“, aber nicht verschwunden. In den Rezeptionen der Ereignisse vom 11. September 2001 wurde das Identitätselement Frankreich als Teil des Westens bspw. wieder verwendet.

2 Zwar schien auch Staatspräsident François Mitterrand in seinen letzten Jahren dieses Element stärker zu gebrauchen („Frankreich ist unser Vaterland, Europa unsere Zukunft“). Im Maastricht-Diskurs hielt er sich diesbezüglich aber zurück. Weder der langjährige sozialistische Premier Lionel Jospin noch Mitterrands Nachfolger Jacques Chirac haben die idealistische Argumentation vertieft.

mit „realistischen“ Argumentationen, die in der Tat Elemente (neo-)realistischer Theorien der Internationalen Beziehungen aufweisen; vor allem Bedrohungsfiguren, die Orientierung an relativen Gewinnen und das Prinzip der Gegenmachtbildung. Auf das Motiv des Machtgleichgewichts ist dabei nahezu konsensual Bezug genommen worden: Bereits in der EVG-Debatte setzten sich gegenüber den antisowjetisch argumentierenden Diskursträgern jene Diskursteilnehmer durch, die vor einer Wiederbewaffnung Deutschlands gewarnt hatten.

Im Maastricht-Diskurs war ebenfalls Deutschland Dreh- und Angelpunkt der Diskussion. Abermals, und erfolgreicher als in den 1950er Jahren, argumentierten die Befürworter eines europäischen Vertragswerks (die sog. „intégrationnistes“), dass supranationale Lösungen das beste Mittel seien Deutschland einzubinden. Es wiederholte sich auch der Rekurs auf ein fünftes Identitätselement: *Europa als Gegengewicht* neben der Sowjetunion bzw. Russland und den USA (im EVG-Diskurs: *Europa als Dritte Kraft*). Durch dieses Element konnten die Argumentationsmuster des integrationistischen Lagers gestärkt werden – allzumal angesichts der unipolaren Weltordnung und einschlägiger formativer Ereignisse, die die institutionelle Schwäche Europas im Handeln nach außen offenbarten. Bemerkenswert ist, dass die Bedeutung des Vereinigten Königreichs als Allianzpartner für Frankreich in den Argumentationen im Zeitablauf ab-, und jene Deutschlands eher zunahm.

Das sechste, sehr wichtige Identitätselement, die *Bewahrung Frankreichs (als état, nation, bzw. patrie)*, stand im EVG-Diskurs an erster Stelle der Argumentation der gaullistischen Gegner dieses Projektes („anti-cédistes“): Mit einer substanziellen Souveränitätsabgabe im Bereich der Verteidigungspolitik sei die Nation in ihren Grundfesten bedroht. blieb dieses Argument damals praktisch unwidersprochen, erfuhr es im Maastricht-Diskurs eine klare Umdeutung ins Positive: Die französischen Ideale seien nur durch und mit der EU zu sichern und zu verbreiten.³ Die gegen Maastricht argumentierenden Diskursteilnehmer („souverainistes“) hielten dem entgegen, dass die Eigenständigkeit und das Außergewöhnliche Frankreichs in zivilisatorischer wie kultureller Hinsicht nur in Abgrenzung zu Europa zu bewahren seien. Zusammengenommen und kondensiert ergeben die Argumentationen der europaskeptischen Diskurslager – „souverainistes“ und „anti-cédistes“ – eine „realistisch-autonome Diskursformation“. Diese einst dominierende Diskursformation ist im Zeitverlauf schwächer geworden, was an der Spaltung der Gaullisten im Maastricht-Diskurs deutlich wurde.⁴

3 Diese von vielen Analytikern so beobachtete Entwicklung war bereits in den 1980er Jahren zu erkennen, vgl. etwa Schubert (1989: 559), der diese Strömung als „Euro-Gaullismus“ bezeichnet hat.

4 Der Positionswandel des ehemaligen gaullistischen Premiers Jacques Chaban-Delmas kann hier als Beispiel dienen: Trat er in der EVG-Debatte noch als überzeugter Gegner einer weitgehenden Integration in Erscheinung, so engagierte er sich mit einer unveränderten Grundeinstellung, aber anderer Argumentation, aktiv in Aktionen für den Maastricht-Vertrag (vgl. Mazzucelli 1997: 235).

Im Maastricht-Diskurs wirkte schließlich ein siebtes Identitätselement, das in den 1950er Jahren nicht verwendet worden war: das *europäische Frankreich*. Die Gegner einer stärkeren Wirtschaftsintegration warnten vor den Gefahren eines „Europa der Konzerne“. Sie deuteten Modernität eher in links-progressivem Verständnis als gesellschaftliche Solidarität, die es zu sichern gelte. Dieses Element sollte im Diskurs zum Verfassungsreferendum 2005 große Bedeutung entfalten (vgl. Stahl 2007: 170-173). Den Maastricht-Befürwortern gelang es 1992 noch, aus ihrer Sicht innenpolitisch notwendige Reformprojekte mit der europäischen Frage zu verknüpfen. Diese „positive Europäisierung“ lässt sich zusammen mit dem Argument des Exports französischer Werte nach Europa und der Chance auf eine Einbindung Deutschlands zu einer „realistisch-europäischen Diskursformation“ aggregieren. Sie enthält die realistischen Argumente der „cédistes“ und der „intégrationnistes“.

Abbildung 1) Die französische Identitätskonstruktion (Darst. d. Verf.)

	Realistisch-autonome Diskursformation	Realistisch-europäische Diskursformation	Idealistische Diskursformation
Identitätselemente	F als Großmacht; Europa als Gegengewicht; Bewahrung Frankreichs (als patrie); das christliche Frankreich	F als Großmacht; Europa als Gegengewicht; Bewahrung Frankreichs (als état); das europäische Frankreich	F als Teil der europ. Schicksalsgemeinschaft; Bewahrung Frankreichs (als nation); F als Teil des Westens; das europäische Frankreich
Argumentationsmuster	Unabhängigkeit als Selbstzweck; Einflussmaximierung durch Gleichgewichtspolitik; europ. Integration bedroht frz. Werte und Interessen; multipolare Weltordnung	Frieden in Europa durch Gleichgewichtspolitik; Export frz. Werte und Interessen über EU; Einbindung Deutschlands; multipolare Weltordnung; Europa als Gegengewicht zu den USA	Überwindung des Nationalismus; Frieden in Europa; Versöhnung; Präsenz der europ. Zivilisation in der Welt; Verbreitung der Menschenrechte
Handlungsempfehlungen	Unilaterale Interessenpolitik; Stopp der europäischen Integration; selektive Allianzpolitik; Abgrenzung von USA	Vertiefung nur bei vermehrtem frz. Einfluss; Stärkung des frz. und europ. Einflusses in internat. Organisationen; situative Kooperation mit USA bei drohender Marginalisierung	Vertiefung und Erweiterung der EU; Stärkung internat. Organisationen; Kooperation mit den USA
Diskursträger	Minderheit und (soveränistische) Abspaltungen bei Gaullisten und UDF; MDC; PCF; FN; Minderheit der grünen Parteien	Mehrheit der RPR (2002 in UMP aufgegangen), PS und der grünen Parteien; Teile der UDF	Teile der UDF; wenige Sozialisten und Grüne; „nouveaux philosophes“

Nach wie vor stellt die integrationsfeindliche, realistisch-autonome Diskursformation eine bedeutende und stabile Kraft in Frankreich dar. Im Maastricht-Diskurs wurde sie durch eine realistisch-europäische (und eben nicht idealistische) Formation herausgefordert: Durch die Unterstützung vonseiten der idealistischen Formation, die Stärkung der Idee vom Gegengewicht Europas, das Argument des Werte-Exports nach Europa sowie jenes der Verknüpfung von europäischen mit französischen Reformprojekten gelang es ihr, sich im Diskurs knapp durchzusetzen. Ein Rückzug Frankreichs vom Projekt der europäischen Integration konnte so noch einmal abgewendet, ein Stillstand des gesamten Prozesses verhindert werden.

Insgesamt ist die französische Identität bemerkenswert stabil. Dies fällt besonders in Bezug auf ihre Identitätselemente ins Auge, doch sogar bei den Argumentationsmustern bestehen große Ähnlichkeiten im Vergleich beider Diskurse. Angesichts der Verschiedenheit der Themen und der zeitlichen Differenz von vierzig Jahren ist dies ein bemerkenswerter Befund.

1.2 Diskursstruktur

Der Staatspräsident ist im Regierungssystem der Fünften französischen Republik der mit Abstand wichtigste Diskursträger in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Abgeschwächt gilt dies auch für die Europapolitik. Zum einen räumt ihm die französische Verfassung eine privilegierte Stellung ein: Der Präsident wacht über die nationale Unabhängigkeit und die Integrität des Staatsgebiets (Art. 5 Abs. 2 der Verfassung) und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Art. 15). Zum anderen hat er im Zeitablauf weitere Befugnisse erlangt, insbesondere das Recht, über den Einsatz der Nuklearstreitkräfte zu befinden.⁵ Dem Staatshaupt untersteht zudem eine Art „Parallel-Diplomatie“ in Gestalt von Beratern und Emissären, über die er – ohne jede Abstimmungsverpflichtung – nach Belieben verfügen kann (vgl. Cohen/Clarke 1990: 208).

Demgegenüber ist die institutionelle Stellung des Premierministers in diesen Politikbereichen schwach geblieben. Verfassungsgemäß leitet er zwar die Politik der Nation, verfügt über die Verwaltung und die Streitkräfte (Art. 20) und ist für die Landesverteidigung verantwortlich (Art. 21). In der Praxis dominiert aber auch hier eindeutig der Präsident. Seine dergestaltete institutionelle Überlegenheit wurde deshalb bereits früh mit dem Begriff der „*domaine réservé*“ belegt (Kempff 1997: 55-59). Im Laufe der Zeit konnte der Premierminister indes Terrain zurückgewinnen. So nimmt er seit den 1990er Jahren gleichberechtigt neben dem Präsidenten an den Treffen des Europäischen Rates teil. Zusammenfassend bleibt jedoch festzuhalten, dass in Zeiten, in denen Präsident und Regierung aus dem selben politischen Lager stammen, die Diskursmacht des Premierministers von sekundärer Bedeutung ist.

5 Vgl. *Dekret des Ministerrats*, 14. Januar 1964, in: *La politique de la France, Textes et documents*, Paris 1989, S. 39.

In der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik bilden Staatspräsident, Außen- und Verteidigungsminister somit ein dominantes Diskursträgerdreieck. Dem Außenminister fällt dabei die Hauptlast der Darstellung und Begründung politischen Handelns zu, der Verteidigungsminister assistiert, der Staatspräsident greift nur im Ausnahmefall ein. In der Europapolitik kommen als Diskursträger vor allem der dem Außenministerium zugeteilte Europaminister sowie der Finanzminister hinzu. Hier können außerdem Premier, Außen- und Verteidigungsminister im Rahmen einer „Cohabitation“⁶ ein Gegengewicht zum Präsidenten bilden (vgl. Cohen/Clarke 1990: 272).

Das Parlament hat in der Fünften Republik eine vergleichsweise schwache Stellung, was in der Forschung mit dem Schlagwort des „parlamentarisme rationalisé“ gekennzeichnet wird. In der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind seine verfassungsgemäßen Möglichkeiten sehr beschränkt: Es kann auf die Entscheidungen des Staatspräsidenten keinen Einfluss nehmen; dieser muss der Nationalversammlung (Assemblée Nationale, AN) oder dem Senat nicht einmal Rede und Antwort stehen. Er kann lediglich seine Botschaften verlesen lassen, ohne in einer Debatte Stellung nehmen zu müssen. Das Recht auf Kriegserklärung (Art. 35) steht dem Parlament zwar auf dem Papier zu, ist in Zeiten gewandelter Konfliktformen und friedensschaffender oder -erhaltender Militäreinsätze aber praktisch bedeutungslos geworden (vgl. Kimmel 1997: 32). Da die primäre Zuständigkeit für die Ratifikation von Verträgen dem Präsidenten obliegt, ist unklar, welche Restfunktion die AN hier noch besitzt. So werden ihr nur ca. 10 Prozent der internationalen Verträge zugeleitet (vgl. Weber-Panariello 1995: Fn. 113, 127). Deren Annahme erfolgt in der Regel ohne Debatte. Im Fall des Kosovo wurde das Parlament erst Tage nach Beginn der Kriegshandlungen gegen Serbien informiert und auch im Vorhinein zum Antiterrorereinsatz in Afghanistan lehnte es die Regierung Jospin ab, diesen in der AN zur Abstimmung zu stellen.⁷ Hieraus kann geschlossen werden, dass die Nationalversammlung die Öffentlichkeitsfunktion im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur sehr eingeschränkt wahrnehmen kann (vgl. ebd: 124; Dieterich/Hummel/Marschall 2007: 9).

Weitere wichtige Diskursträger in Frankreich sind die Parteien. Im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien zeichnen sie sich durch ein geringes Alter, organisatorische Schwäche, einen hohen Personalisierungsgrad sowie durch ihre ausgeprägte Neigung zur Fraktionsbildung aus (vgl. Elgie/Griggs 2000: 99-102): „Nicht Parteienamen oder -organisationen zählen in Frankreich, sondern die Tendenz, die sie

6 Eine Cohabitation ist dadurch gekennzeichnet, dass Staatspräsident und Regierung (mit Premierminister und Ministern) zwei unterschiedlichen politischen Lagern angehören. In Frankreich war dies 1986-1988 (François Mitterrand/Jacques Chirac), 1993-1995 (François Mitterrand/Eduard Balladur) und 1997-2002 (Jacques Chirac/Lionel Jospin) der Fall. Das Zustandekommen einer Cohabitation ist durch die unterschiedlichen Wahlzyklen von Präsident und Nationalversammlung bedingt, die nunmehr jedoch aneinander angeglichen sind. In Zeiten der Cohabitation sind Spannungen im Regierungssystem in der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik institutionell angelegt (vgl. Kessler 1999: 41-45).

7 Vgl. *Ein voreiliges Versprechen*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Oktober 2001, S. 8.

repräsentieren, die Traditionen, in die sie sich einordnen und die Persönlichkeiten, die sie führen“ (Hüser 2000: 21). So ist es nicht verwunderlich, dass die Mehrheit der Analytiker in den Parteien lediglich lose Zweckgemeinschaften sieht, die es Einzelpersonen („présidentiables“) erlaubt, sich um das höchste Staatsamt zu bewerben (vgl. Elgie/Griggs 2000: 117). Parteitage erscheinen weniger unter dem Gesichtspunkt ihrer Agenda interessant, sondern geben vielmehr Aufschluss über die Stärke von Parteiflügeln und den Einfluss ihrer jeweiligen Führer. Aufseiten der Oppositionsparteien sind nur deren Spitzenpersönlichkeiten als Teilnehmer außenpolitischer Diskurse relevant. Vertreter radikaler Gruppierungen oder Abspaltungen etablierter Parteien sind im Parlament häufig nicht vertreten und suchen ihr Forum in den Medien.⁸

Außenpolitische Diskurse haben sich in Frankreich bereits früh ins Fernsehen und die Printmedien verlagert. In der Regel wird dies durch Reden oder Interviews des Staatspräsidenten oder anderer Regierungsmitglieder initiiert (vgl. Kimmel 1983: 273, 282-283).⁹ Dies trägt zu einer „Mediatisierung der Politik“ bei, die weniger sachorientiert als vielmehr auf Außenwirkung bedacht ist (Zadra 1997: 69-70). Neben ausgesuchten Nachrichten- und Interviewsendungen im Fernsehen äußern sich Politiker und Intellektuelle vor allem in Tageszeitungen (wie *Le Monde*, *Libération*, *Le Figaro*) und Nachrichtenmagazinen (*Le Nouvel Observateur*, *L'Express*). Im Vergleich zu Deutschland räumen Medien dabei Kommentaren und politischen Äußerungen von Intellektuellen großen Platz ein.

Die so von nur wenigen Entscheidungsträgern ausgehenden Beschlüsse ergehen in Frankreich in der Regel ohne gesellschaftliche Debatte. Die Außenpolitik, der gesamte diplomatische Apparat der Fünften Republik, ist nach außen gerichtet und zielt auf die Beeinflussung anderer Regierungen. Die konkrete Politik wird nur in wichtigen Fällen durch die Regierung, und – noch seltener – durch den Präsidenten für die eigenen Bürger begründet. Solche Rechtfertigungen erfolgen dann fast immer *ex post* (vgl. Kessler 1999: 485). Die öffentliche Meinung ist in Bezug auf Außenpolitik daher reaktiv und kann sich nur an den „faits accomplis“ der Außenpolitik reiben. In den seltenen Fällen in denen dies geschieht, öffnet sich die Diskursstruktur jedoch sehr schnell: Intellektuelle melden sich in ansteigender Häufigkeit zu Wort, verfassen Kommentare und organisieren Aufrufe. Talkshows und Informationssendungen nehmen sich des Themas an, Tageszeitungen und Herausgeber beziehen Stellung. In solchen Fällen wird die Regierung im Parlament mit aktuellen Fragen geradezu bombardiert; deren Beantwortung erfährt wiederum mediale Aufmerksamkeit. Die französische Diskursstruktur folgt so in gewisser Weise dem „low risk, high effect“-Phänomen der Chaostheorie: Das Risiko, dass eine im kleinsten Kreise getroffene außenpolitische Entscheidung diskursiv herausgefordert

8 Die Parteien bleiben für die Identitätsanalyse aber insoweit wichtig, als sie gesellschaftlich relevante „ideologische Traditionen“ – mithin „innenpolitische Diskursformationen“ verkörpern, vgl. Hazareesingh (1994: 19).

9 So wandte sich Staatspräsident Chirac bspw. am 10. März 2003 per Fernsehansprache an die Nation, um die französische Position im Sicherheitsrat zum Irak-Konflikt zu erläutern.

wird, ist gering. Wenn es jedoch passiert, öffnet sich der Diskurs unter Umständen rapide und mündet in heftigen, oft grundsätzlichen Debatten – die jeweilige Diskurshegemonie wird herausgefordert. Hieraus bezieht das französische Regierungssystem in Bezug auf seine Außenpolitik ein Gutteil seiner Spannung: Die im Vergleich zu anderen Demokratien sehr enge Entscheidungsstruktur ist eingebettet in eine latente, sehr breite und diffuse Diskursstruktur.

1.3 Französische Sicherheitspolitik und Jugoslawien¹⁰

Das Frankreich der Fünften Republik betreibt eine sehr aktive Außenpolitik. In vielen Politikbereichen gilt es als Initiator und Ideengeber. In der Realisierung und Durchführung vermag Paris diese Rolle jedoch oft nicht aufrecht zu erhalten und fällt in eine passive oder gar zögerlich-widerstrebende Politik zurück (vgl. Stahl 2003). Das Land nutzt des Weiteren die gesamte Palette außenpolitischer Instrumente, wobei es gern auf symbolische Akte zurückgreift. Bei Militäreinsätzen war – bis zur Irak-Krise 2003 – ein klarer Trend hin zum Multilateralismus und zur Annäherung an die USA zu verzeichnen. In Übereinstimmung mit seinen generellen außenpolitischen Prioritäten ist Frankreich aber auch in der letzten Dekade unilateral militärisch aktiv geworden, so etwa in der Elfenbeinküste 2002/03.

Frankreich bevorzugt und betreibt eine aktive Institutionenpolitik sowohl in der UN und der OSZE als auch in der EU. In gewissen Politikfeldern – wie der Agrarpolitik – ist das Land Anhänger einer Vergemeinschaftung, in anderen – wie der GASP – verweigert es sie konsequent. Eine EU-Außenpolitik unterstützt Paris dabei nur unbeständig. So rief es Initiativen wie die Europäische Politische Zusammenarbeit ins Leben, verlor dann aber jahrelang das Interesse an ihr, um sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder kraftvoll zu beleben. Diese Inkonsistenzen kamen auch in der französischen Außenpolitik in den Jugoslawien-Kriegen zum Ausdruck.

Die französische Regierung engagierte sich im Jugoslawien-Konflikt von Beginn an stark und verfolgte eine proaktive Politik. Dabei setzte es die gesamte Bandbreite außenpolitischer Instrumente ein: symbolische Aktionen, rhetorische Appelle, Warnungen, Drohungen und Sanktionen (1991-1992), die Entsendung von UN-Schutztruppen (1992-1995) und schließlich sogar militärische Luftschläge (1994-1995). Frankreich bevorzugte dabei eindeutig Lösungen „vor Ort“: So engagierte es sich u. a. in der UNPROFOR, verweigerte es aber weitgehend, Flüchtlinge aufzunehmen.

Inhaltlich hielt Präsident Mitterrand bis 1991 an dem Ideal eines jugoslawischen Bundesstaats fest (vgl. Schwirz 1995: 18). Zu dieser Zeit betrachtete Paris die sezessionistischen Politiken Sloweniens und Kroatiens als ursächlich für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens und die Konflikteskalation (vgl. Michels 1996: 75, 83-85). Institutioneller Ausdruck der französischen Wahrnehmung des Konflikts als Sezessions- und Minoritätenproblem war die Badinter-Kommission. Sie nahm – auf

10 Vgl. ausführlicher Stahl (2006: 90-97) und Maull/Stahl (2002).

Vorschlag von Außenminister Roland Dumas – Ende August 1991 ihre Arbeit auf, um im Auftrag der EG die Frage der Rechtmäßigkeit einer Anerkennung aus völkerrechtlicher Sicht zu prüfen. Noch im Sommer 1991 schlug Frankreich unter Bezugnahme auf Kapitel VII der UN-Charta außerdem vor, eine Eingreiftruppe („force d'interposition“) unter Leitung der WEU zu entsenden (vgl. Nuttall 2000: 211-213). Nachdem dies innerhalb der EG keine Mehrheit fand, plädierte Frankreich für eine stärkere Einbeziehung der Vereinten Nationen (vgl. Eyal 1993: 34). Paris war schließlich einer der Initiatoren des Waffenembargos vom 25. September 1991 in Resolution 713 des UN-Sicherheitsrates.

Auch in den Bosnien-Kriegen zeigte sich Frankreich sehr aktiv. Die UNPROFOR unterstützte es mit dem größten Kontingent von über 6000 Mann. Der Vorschlag, Sicherheitszonen um belagerte bosnische Städte einzurichten, ging ebenfalls auf französische Initiative zurück (vgl. Koslowski 1995: 93). Frankreich setzte jedoch auch nach dem Bekanntwerden von „ethnischen Säuberungen“ auf Verhandlungsdiplomatie und versuchte, den Konflikt zu internationalisieren (vgl. Giersch 1998: 147). Die Regierung stand zu ihrer Position, ein Waffenembargo müsse für alle Kriegsparteien gelten. Zusammen mit Großbritannien widersetzte sich Paris selbst nach dem Granateneinschlag auf dem Markt in Sarajevo im Februar 1994 dem amerikanischen Drängen nach einer Aufhebung des Embargos für die bosnischen Muslime (vgl. Hoffmann 1996: 101). Als dies seitens der USA im November 1994 schließlich einseitig erfolgte, reagierte Frankreich ungehalten. Die Rhetorik der Regierung wurde in Bezug auf die militärische Verstärkung der Schutzzonen derweil immer schärfer. Präsident Chirac forderte nach dem Fall von Srebrenica gar, die Stadt wieder zurückzuerobern (vgl. Kintis 1997: 162). Schließlich wurden im Juli 1995 schwerbewaffnete französische Verbände einer Schnellen Eingreiftruppe zum Schutz Sarajevos stationiert. Die französische Haltung zum Einsatz militärischer Mittel war seit Sommer 1993 also schwankend (vgl. Tardy 1999: 67), aber schließlich unterstützte Frankreich die von der Clinton-Administration geforderte Strategie des „lift and strike“.

Zusammenfassend bestätigt die französische Politik in den Jugoslawien-Kriegen den Eindruck eines „erratischen Ansatzes“ („erratic approach“; Gow 1997: 158):¹¹ variabler Mitteleinsatz, changierende Institutionenpolitik sowie unilaterale, bilaterale und multilaterale Initiativen.

2. Der französische Kosovo-Diskurs

Aus der EU-Studie zu Beginn dieses Bandes ist deutlich geworden, dass Frankreich sich in der Frühphase des Konflikts zunächst so verhielt wie zu Beginn der Jugoslawien-Kriege: Es engagierte sich aktiv, unterstützte die UN und die Kontaktgruppe

11 Gow bezieht dies im konkreten Fall auf Frankreichs Position gegenüber Belgrad: Vom Hüter serbischer Interessen 1991 habe sich Frankreich zum vehementesten Verfechter von Luftschlägen gegen Stellungen der bosnischen Serben 1994 gewandelt.

und hielt an einer neutralen Vermittlerrolle fest, hütete sich also vor einseitiger Parteinahme oder dezidierten Selbstbindungen. Nach dem Scheitern der Konferenzen von Rambouillet und Paris entschieden sich Präsident und Regierung jedoch für eine Teilnahme am Luftkrieg gegen Jugoslawien an der Seite der USA. Die französische Kosovopolitik wandelte sich in ihrem Kern, und hier knüpft das Verhaltensrätsel an: Wie wurde dieser Wandel begründet?

Der Beginn der Luftschläge am 24. März 1999 entzündete in Frankreich eine heftige, von Intellektuellen, Gewerkschaftern, Anführern kleinerer Parteien sowie ehemaligen Politikern getragene öffentliche Debatte.¹² Die französischen Entscheidungsträger zeigten sich in der Begründung ihres Vorgehens jedoch geschlossen (vgl. Fortmann/Viau 2000: 105). Dies erscheint bemerkenswert, stellt man in Rechnung, dass zu dieser Zeit der Europawahlkampf vor der Tür stand und eine „Cohabitation“ regierte, die fast das gesamte politische Spektrum abdeckte: Eine Koalition aus Sozialisten (inklusive des Mouvement des Citoyens, MDC), Grünen und Kommunisten bildete die Regierung, während Präsident Chirac dem oppositionellen, gaullistischen Rassemblement pour la République (RPR) angehörte. Allerdings färbte die Einigkeit der Regierung nicht auf die Parteien ab: Diese zeigten sich intern vielmehr extrem zerstritten, und dies galt – im großen Unterschied zum Golfkrieg 1990/91 – auch für das linke Spektrum (vgl. Lamizet/Debras 2001: 115). Es wird zu zeigen sein, wie die Regierung dieser heftigen diskursiven Herausforderung begegnete und schließlich die Diskurshegemonie verteidigen konnte (Diskursrätsel).

2.1 Der Diskurs

2.1.1 Vor dem Beginn der Luftschläge – Diskurshegemonie *uncontested*

Die französische Öffentlichkeit zeigte sich von den Ereignissen des Jahres 1998 weitgehend unberührt. Die Regierung bediente sich der Argumentationen der beiden realistischen Diskursformationen und wurde in dieser Phase praktisch ausschließlich von Außenminister Hubert Védrine vertreten. Bereits früh hatte sich dieser, zusammen mit seinem deutschen Amtskollegen Klaus Kinkel, besorgt über die merkliche Eskalation der Gewalt im Kosovo geäußert (vgl. Richard/Védrine 5.11.1998; Védrine 11.5.1998).¹³ Der Minister bezeichnete die Morde im Drenica-Tal explizit als ein formatives Ereignis (vgl. Védrine 11.5.1998). Den Konflikt analysierte er als ein Wechselspiel von Provokationen und Reaktionen beider Seiten seit 1989. Die UÇK erschien ihm als „guérilla“ in einem „Pulverfass Kosovo“ (4.8.1998: 158).¹⁴ Diese

12 Vgl. Bourgeois, Isabelle: *Meinungsfront Kosovo. Wie in Frankreich über den Krieg berichtet wird*, in: epd medien 27, 14. April 1999, S. 1-6, hier: S. 2.

13 Die im Folgenden so zitierten Quellen werden in einem Primärquellenverzeichnis am Ende des Beitrags aufgeschlüsselt.

14 Übersetzungen aus dem Französischen ins Deutsche durch den Verfasser. Von Ausnahmefällen abgesehen werden französischsprachige Quellen im Folgenden jedoch im Original zitiert.

Sichtweise blieb in der französischen Öffentlichkeit – gerade von wissenschaftlicher Seite – zwar nicht unwidersprochen, konnte sich jedoch zunächst durchsetzen.¹⁵ Das Kosovo charakterisierte Védrine (3.3.1998) – in einer Linie mit der Interpretation Serbiens – als die „Wiege ihres Landes, die Wiege ihrer Geschichte“. Zur Verantwortung Miloševićs äußerte sich der Außenminister nicht. Es blieb stattdessen einzelnen Kommentatoren überlassen, an den „politischen Machiavellismus“ des serbischen Regierungschefs zu erinnern und seine Verantwortung für die Massaker von Vukovar und Srebrenica herauszustellen.¹⁶

Als Ziel der westlichen Politik postulierte es Védrine (21.1.1999), Jugoslawien wieder in die internationale Gemeinschaft zu integrieren und dem Land den Weg nach Europa zu erleichtern. Es gehe darum „den Balkan zu europäisieren“. Im weiteren Verlauf des Jahres 1998 und unter dem Eindruck zunehmender Gewalt rückte er dann mehr und mehr das Ziel in den Vordergrund, eine sich neuerlich anbahnende „menschliche Tragödie“ zu verhindern (8.10.1998). Zudem erschien dem Außenminister der Konflikt jetzt verstärkt die Stabilität in der Region zu bedrohen – eine Einschätzung, die von Experten bereits früher geäußert worden war (vgl. 29.7.1998; 13.10.1998).¹⁷ Im Januar 1999 äußerte der Chef des Quai d’Orsay die Befürchtung, die Situation im Kosovo könne außer Kontrolle geraten, und die Stabilität Albaniens, Mazedoniens und Montenegros durch die Anhänger eines Groß-Albanien gefährdet werden (vgl. 19.1.1999: 76).

In Bezug auf die Konfliktlösung stellte der Außenminister neben den USA und Russland auch die EU ins Zentrum seiner Überlegungen (vgl. 10.2.1999). Dabei sollte Frankreich eine „Führungsrolle“ zufallen (Richard/Védrine 5.11.1998: 36). Paris schätzte die Kontaktgruppe als Entscheidungsforum und sah die Union hier durch das Vereinigte Königreich, Deutschland, Italien und Frankreich ausreichend repräsentiert. Védrine (10.2.1999: 241; 22.2.1999) legte den Akzent auf den effektiven Einfluss der Europäer in der Kontaktgruppe und lobte das Repräsentationsmodell als „beispielhaft“. Auch bilaterale Initiativen, wie den Kinkel-Védrine-Vorstoß vom November 1997 oder die französisch-britische Verhandlungsführung in Rambouillet 1999, begriff er als repräsentativ für „Europa“. Das Engagement der USA war aus dieser Sicht zwar „von allen Beteiligten gewünscht“ (9.4.1998: 175), doch Védrines Parteikollege Paul Quilès, Vorsitzender der Verteidigungskommission der AN, warnte bereits:

15 Vgl. Allain, Marie-Françoise: *Kosovo: l'odeur de la guerre*, in: *Le Monde*, 24. Februar 1998, S. 17: „[...] le terrorisme n'est pas 'albanais', mais bien serbe: c'est celui d'un Etat qui terrorise et qui tue des populations.“

16 Vgl. Escudier, Alexandre: *Kosovo, Gordogane-Milošević nous salue bien*, in: *Le Monde*, 13. März 1998, S. 16. Finkielkraut und Garapon erwähnten im Zusammenhang mit den Vertreibungen von Orahovac bereits den Begriff der „nettoyage“, vgl. Finkielkraut, Alain/Garapon, Antoine: *L'amour selon Slobodan Milošević*, in: *Le Monde*, 4. August 1998, S. 1.

17 Für die Situation in Albanien vgl. etwa die Ausführungen des Schriftstellers Ismail Kadaré: *Ne laissez pas l'Albanie se suicider*, in: *Le Monde*, 13. März 1997 sowie von Allain, Marie-Françoise: *Kosovo: l'odeur de la guerre*, in: *Le Monde*, 24. Februar 1998 und Garde, Paul: *Kosovo: un Dayton, tout de suite*, in: *Le Monde*, 12. März 1998.

„Nous ne voulons pas d'une répartition des rôles qui confie aux état-majors américains la direction stratégique des opérations et aux effectifs européens la tâche (et le risque) de l'exécution sur le terrain.“¹⁸

Die Einbeziehung Russlands schätzte Frankreich aber als noch wichtiger ein als die der USA. Moskau sollte aktiv an der Gestaltung Europas teilnehmen: „C'est un impératif géopolitique d'avenir“ (Védrine 2.10.1998). Védrine erwähnte bis zum Beginn der Luftschläge weder die Unterschiede in der Sanktionspolitik der Kontaktgruppenstaaten 1998 noch die Weigerung des Kremls, nach dem Scheitern von Rambouillet militärischem Druck zuzustimmen. Stattdessen hob der Minister auf die Zielkonvergenz der Staaten sowie auf ihre prinzipielle Einigkeit ab (vgl. 13.10.1998; 19.3.1999).

Védrine (11.6.1998) befürwortete die Strategie der Kontaktgruppe, graduelle Sanktionen mit einer positiven Perspektive für Belgrad zu kombinieren. Hiermit handelte er sich jedoch die Kritik ein, dass die Nachgiebigkeit Frankreichs Milošević geradezu zu einer neuen Offensive gegen die kosovo-albanische Zivilbevölkerung ermuntert habe.¹⁹ Als sich die Hoffnungen auf eine friedliche Einigung einmal mehr zerschlagen hatten, stellte der Minister klar, dass sich die Drohungen der NATO zugleich an beide Parteien richteten (vgl. 28.1.1999: 142). Er glaubte daran, dass ein Vermittler den Konflikt wirksam – und mit friedlichen Mitteln – beilegen könne. „Zwangmaßnahmen“ hielt er zwar für denkbar, und auch Druck auf Milošević erachtete er als ein wichtiges Mittel in diesem Zusammenhang; militärische Schläge jedoch fand er abwegig (7.3.1998). Erst unter dem Eindruck der Eskalation der Ereignisse im Laufe des Jahres 1998 änderte sich dies: Nun erkannte auch Védrine (2.10.1998; 13.10.1998) zunehmend die Notwendigkeit einer glaubwürdigen Drohkulisse, die auch in der Lage sein müsse, „Gewalt anzuwenden, um Ergebnisse zu erzwingen“. In jedem Fall aber sollte eine Anwendung von Gewalt gegen das Regime in Belgrad durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates legitimiert sein (vgl. 4.8.1998: 158). Selbst für den Fall eines Scheiterns der Konferenz von Rambouillet lehnte der Minister jedweden Automatismus in Bezug auf Luftschläge der NATO ab (vgl. 10.2.1999). Mit seiner gesamten Argumentation bewegte sich Védrine damit innerhalb der Schnittmenge der beiden realistischen Diskursformationen. Dies sollte sich mit Beginn der Luftangriffe ändern.

2.1.2 Die Luftschläge der NATO – Diskurshegemonie *contested*

Mit Beginn der Luftangriffe wurde die NATO, aber eben auch Frankreich Ziel heftiger Kritik. Diese äußerte sich im Parlament nur in sehr milder Form, wurde von

18 Quilès, Paul: *L'OTAN ne doit pas devenir une „Sainte Alliance“*, in: *Le Monde*, 1. Dezember 1998, S. 16: „Wir wollen keine Rollenverteilung dahingehend, dass den amerikanischen Befehlshabern die strategischen Aufgaben zufallen, während den europäischen Befehlsempfängern die Übernahme und das Risiko der Bodenoperationen bleiben.“

19 Vgl. Hassner, Pierre: „Remake“ en accéléré au Kosovo, in: *Le Monde*, 13. Juni 1998, S. 13.

den Diskursträgern der realistisch-autonomen Diskursformation – den sogenannten „anti-frappes“ – aber vor allem in den Printmedien und anderen Foren vehement vorgetragen. Die überwiegende Mehrheit dieser Diskursteilnehmer stand dem Eingreifen der NATO skeptisch gegenüber. Nur in der Frage der möglichen Unabhängigkeit des Kosovo sowie einer möglichen Bodenoffensive fanden sich auch Kritiker der idealistischen Diskursformation, die die Politik der NATO nicht nur befürworteten, sondern sie sogar als zu zurückhaltend einstufen.

Im Verlauf der Debatte zeigte sich, dass sich die Interpretationen der Ereignisse vor Ort, die Motive der Akteure und dann auch die Wahrnehmungen der Konfliktlinien gänzlich unterschieden. So wies der ehemalige Mitterrand-Berater Régis Debray auf die hochkomplexe Struktur der historisch beladenen Konflikte in der Region hin. Einfache Lösungen von außen wie humanitäre Interventionen seien daher grundsätzlich nicht möglich.²⁰ Die humanitäre Intervention – so führte auch der ehemalige Verteidigungsminister Charles Millon aus – basiere auf einem fundamentalen Missverständnis der westlichen Politik. Diese wolle der Balkanregion ihre eigene Konzeption der „Staatsnation“ überstülpen, obwohl dies angesichts der Geschichte und der Gesellschaften dort völlig unangemessen sei.²¹

Der MDC – Teil des sozialistischen Lagers und der Regierung, wenn auch nicht mehr der Sozialistischen Partei (Parti Socialiste, PS) zugehörig – nannte im Gegensatz dazu das Auseinanderbrechen Jugoslawiens als Grund für die Etablierung ethnisch-religiös definierter Einheiten und den Ausbruch virulenter ethnischer Konflikte. In dieser Argumentationslinie stand die Schuld Miloševićs gleichbedeutend neben jener des kroatischen Staatspräsidenten Franjo Tuđman. Beide hätten – durch Deutschland unterstützt – den Zerfall Jugoslawiens vorangetrieben.²² Das Abgehen vom Ideal der französischen „nation“ sei deshalb auch der Kardinalfehler der westlichen Politik, denn es gelte: „la nation ethnique, c'est la guerre“.²³

Die Hauptargumentation der realistisch-autonomen Diskursformation war jedoch eine andere. Sie stellte auf die Allmacht der USA und die Ohnmacht Europas ab.²⁴ Die Luftschläge wurden als primär von den USA gewollt und lanciert interpretiert, Europa und Frankreich würden sich dem lediglich widerwillig fügen.²⁵ Die USA

20 Vgl. Debray, Régis: *Lettre d'un voyageur au président de la République*, in: *Le Monde*, 13. Mai 1999.

21 Vgl. Millon, Charles: *Dénationaliser des Balkans?*, in: *Le Monde*, 16. April 1999, S. 18.

22 Vgl. den späteren Forschungsminister Roger-Gérard Schwartzberg (27.4.1999: 21) sowie Ayrault (26.3.1999: 12).

23 Bonté, Jean-Christophe: *Note sur la question du Kosovo*, Mouvement des Citoyens, http://mrc92.free.fr/MDC_NAT/positions/posinter_kosonote.html [30.12.2008].

24 Diese Sichtweise wurde auch von vielen Diskursträgern vertreten, die dem NATO-Einsatz nur eingeschränkt kritisch (wie Philippe Séguin, RPR) oder gar prinzipiell positiv gegenüberstanden (François Bayrou, UDF), vgl. Mandonnet, Eric: *Kosovo: Nuances à droite*, in: *L'Express*, 8. April 1999, S. 16.

25 Vgl. den Titel der kommunistischen Tageszeitung *L'Humanité* vom 26. März 1999: *L'OTAN go home*.

erschienen als „[...] empire“ [et] superpuissance hégémonique“,²⁶ „[qui] veulent marquer leur puissance et leur force partout“²⁷. Voller Absicht hätten sie die Verhandlungen von Rambouillet sabotiert, um ihren Militärschlag auszuführen und ihre strategischen Ziele in der Region zu verfolgen.²⁸ Sie würden dabei getrieben durch ihre „deux mythes moteurs de l’Odyssée américaine [...]: l’idéalisme moral et la supériorité technique – disons le wilsonisme et plus le tomahawk“.²⁹

Etwas differenzierter führte der kommunistische Parteichef in der Nationalversammlung aus, es sei den USA vor allem um den Erhalt der NATO sowie um die Anwendung des neuen Strategischen Konzeptes gegangen (vgl. Hue 26.3.1999: 28). Didier Motchane (MDC) bemerkte zur Motivlage der Amerikaner: „L’Amérique entend se servir du conflit du Kosovo pour séparer durablement par un fleuve de ressentiments, et de sang s’il le faut, les Russes des autres Européens.“³⁰

Kritiker aus dem linken politischen Spektrum mutmaßten zudem, das Kosovo und ganz Südosteuropa seien reich an Mineralien, wodurch das amerikanische Interesse an der Region erklärt werden könne.³¹ Eine extreme Wahrnehmung legte die Alt-Gaullistin Marie-France Garaud an den Tag, die behauptete, US-Präsident Clinton gehe es im Balkan um die Herstellung eines neuen Gleichgewichts zwischen Islam und Christentum.³² Die rechtsextreme Nationale Front (Front National, FN) argumentierte, die NATO bombardiere das christliche serbische Volk zum Schutze einer muslimischen Bevölkerung und wolle muslimische Staaten wie Albanien und Bosnien schaffen, um das christliche Abendland zu zerstören.³³ Ihr Vorsitzender, Jean-Marie Le Pen, nannte die Angriffe „stupide et criminelle“³⁴ und fügte hinzu: „Je salue l’héroïsme du peuple Serbe dans la défense de son indépendance contre l’Europe de la servilité et de la lâcheté.“³⁵

26 Hue, Robert: *Que le Conseil de sécurité de L’ONU examine un plan de paix*, in: L’Humanité, 28. April 1999.

27 Cheysson, Claude: *Rien ne force la France à suivre l’OTAN*, in: L’Humanité, 26. März 1999.

28 Vgl. Sarre, Georges: Communiqué, 11. Juni 1999, <http://www.mdc-France.org/actualite/kosovo.html> [13.2.2002].

29 Debray, Régis: *L’Europe somnambule*, in: Le Monde, 1. April 1999.

30 Motchane, Didier: *La barbarie n’a pas de domicile fixe*, in: Le Monde, 6. April 1999, S. 12: „Amerika versteht es, sich den Kosovo-Konflikt mit Hilfe einer Flut von Ressentiments und Blut zu Nutze zu machen, um die Russen und übrigen Europäer dauerhaft voneinander zu entfremden.“

31 Vgl. Rouleau, Eric: *Errements de la diplomatie française au Kosovo*, in: Le Monde diplomatique, Dezember 1999, <http://www.monde-diplomatique.fr/1999/12/ROULEAU/12754> [30.12.2008].

32 Vgl. Garaud, Marie-France: *Kosovo: l’absurdité et le péril*, in: Le Monde, 27. März 1999.

33 Zit. n. Schmid, Bernhard: *Der Krieg der Petitionen*, in: Jungle World, 7. April 1999, http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_99/15/20b.htm [30.12.2008].

34 Le Pen, Jean-Marie: *Communiqué de presse*, 9. April 1999, www.front-national.com [11.3.2002].

35 Le Pen, Jean-Marie: *Communiqué de presse*, 6. April 1999, www.front-national.com [11.3.2002]: „Ich begrüße das Heldentum des serbischen Volkes in seiner Verteidigung seiner Unabhängigkeit – gegen ein Europa der Unterwürfigkeit und Feigheit.“

„Europa“ erschien in den Kritiken des linken und rechten politischen Spektrums als „politischer Zwerg“ und Erfüllungsgehilfe der omnipotenten USA.³⁶ Dabei erfüllte der Krieg noch einen nützlichen Nebenzweck, denn schießlich bräuchte „Europa“ zur Besiegelung seiner politischen Union noch einen „Gründungskrieg“.³⁷ In jedem Fall aber erkenne „das schlaftrunkene Europa“ nicht, dass seine Interessen fundamental von denen der USA abwichen. Die weithin akzeptierten Begriffe „Westen“ und „Okzident“, die ähnliche Wertvorstellungen suggerierten, seien nichts weiter als Chimären.³⁸ Der Philosoph Jean Baudrillard vermutete gar, die USA seien jetzt darauf aus, Europa klein zu halten, nachdem sie Japan und den Kommunismus besiegt hätten.³⁹ Auch Intellektuelle der extremen Rechten wie Alain de Benoist beschworen in einer Petition die Gefahr der Unterordnung der Europäer unter die amerikanische Hegemonie.⁴⁰ In rhetorischer Anlehnung an den berühmten Artikel Émile Zolas machte Jean-Marie Le Pen sein Verständnis vom Verhältnis der USA und Europas deutlich: „J'accuse l'OTAN, cheval de Troie des Américains en Europe.“⁴¹

Frankreichs Verhalten erschien vielen Kritikern hingegen als zu passiv. Paris hätte jede Initiative verloren⁴² und sähe sich zurecht dem Vorwurf der Hörigkeit („suisvisme“)⁴³ ausgesetzt. In den Augen vieler Kritiker aus den Reihen der realistisch-autonomen Diskursformation fehlte eine „große politische Initiative“.⁴⁴ Jean-François Kahn, Herausgeber der Zeitschrift Marianne, warf der Regierung um den Premierminister und Chef der PS Lionel Jospin gar vor, mit seiner Politik in der Tradition „sozialdemokratischer aggressiver Außenpolitik der IV. Republik“ zu stehen.⁴⁵ Einmal mehr, so Ignacio Ramonet in einem Editorial für Le Monde Diplomatique – seien Humanität und Sozialismus von sozialdemokratischen Regierungen in Europa verraten worden.⁴⁶

Ein weiterer Kritikpunkt der anti-frappes betraf die Legitimation der NATO-Luftschläge. Die Angriffe verstießen nicht nur gegen das Prinzip staatlicher Souveränität

36 Vidal-Naquet, Pierre: *L'Europe, ce nain politique*, in: L'Humanité, 27. März 1999; ähnlich: Le général Cot: *Cette action va tout compliquer*, in: L'Humanité, 26. März 1999; Kosovo: Robert Hue pour une 'grande initiative française', in: L'Humanité, 12. April 1999.

37 Bensaid, Daniel: *Leur logique et la nôtre*, in: Le Monde, 9. April 1999, S. 1.

38 Debray, Régis: *L'Europe somnambule*, in: Le Monde, 1. April 1999.

39 Vgl. Baudrillard, Jean: *Duplicité totale de cette guerre*, in: Libération, 29 April 1999, S. 6.

40 Zit. n. Schmid, Bernhard: *Der Krieg der Petitionen*, in: Jungle World, 7. April 1999, http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_99/15/20b.htm [30.12.2008].

41 Le Pen, Jean-Marie: *Discours de Jean-Marie Le Pen lors de la fête de Jeanne d'Arc*, 1. Mai 1999, http://www.frontnational.com/doc_interventions_detail.php?id_inter=7 [30.12.2008].

42 Vgl. Gallo, Max/Pasqua, Charles: *Pas de paix sans indépendance de l'Europe*, in: Le Monde, 2. April 1999, S. 1.

43 Garaud, Marie-France: *Kosovo: l'absurdité et le péril*, in: Le Monde, 27. März 1999.

44 Durand, Daniel: *Pour une stratégie de paix*, in: L'Humanité, 6. April 1999; Kosovo: Robert Hue pour une 'grande initiative française', in: L'Humanité, 12. April 1999; Gallo, Max/Pasqua, Charles: *Pas de paix sans indépendance de l'Europe*, in: Le Monde, 2. April 1999, S. 1.

45 *Marianne part en guerre contre l'OTAN*, in: Le Monde, 31. März 1999.

46 Vgl. Ramonet, Ignacio: *Social-conformisme*, in: Le Monde diplomatique, April 1999, S. 1.

(vgl. Hue 26.3.1999: 27), auch werde zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs militärisch gegen einen Staat vorgegangen, ohne dass dieser einen Angriffskrieg begonnen oder ein Mitglied der Allianz bedroht hätte.⁴⁷ So bemängelte u.a. die Kommunistische Partei (Parti Communiste Français, PCF) die Völkerrechtswidrigkeit der Operation. Sie verstoße gegen die UN-Charta und sei durch die Resolutionen 1166 und 1203 nicht gedeckt. Auch der NATO-Vertrag könne eine solche Aktion nicht rechtfertigen. Die Attacke widerspreche vielmehr denjenigen Werten, für die die Allianz einzutreten vorgäbe.⁴⁸

Die Kritik zielte darüber hinaus auf die mangelnde nationale Legitimation. Die französischen Entscheidungsträger hätten den Luftkrieg beschlossen und begonnen, ohne das Parlament auch nur zu konsultieren. Dies wurde nicht nur von den anti-frappes, sondern von allen Parteien scharf kritisiert.⁴⁹ So bemängelte Claude Goasguen (26.3.1999: 6) vom Liberalen Zentrum (Démocratie Libérale, DL) in der Debatte der Nationalversammlung vom 26. März 1999, dass die Abgeordneten aus den Medien vom Beginn der Luftschläge erfahren hätten. Er kritisierte dies als einen Rückfall hinter die Ereignisse des Zweiten Golfkriegs, als die Regierung immerhin eine Vertrauensfrage mit einer Debatte über ihre Nahostpolitik verbunden hatte. Auch Jospins Parteifreunde Jean-Marc Ayrault (26.3.1999: 11) und Paul Quilès (27.4.1999: 28) hielten eine bloße Konsultation des Parlaments für nicht ausreichend.⁵⁰ Marie-Hélène Aubert von den Grünen (Les Verts) wurde noch deutlicher: „Cependant à notre consternation se mêle aussi la colère. Colère de constater à quel point la démocratie, notre démocratie, a été bafouée dans cette affaire.“⁵¹

Der ehemalige Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing (26.3.1999: 24) führte für die Union für die französische Demokratie (Union pour la Démocratie Française, UDF) aus, gerade weil eine Legitimation des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen fehle, bedürfe es umso mehr einer national gesicherten Legitimation und einer

47 Vgl. Gallo, Max/Pasqua, Charles: *Pas de paix sans indépendance de l'Europe*, in: *Le Monde*, 2. April 1999, S. 1.

48 Vgl. Muller, Michel: *Cette intervention illégale*, in: *L'Humanité*, 25. März 1999, aber auch die Beiträge des ehemaligen Außenministers Claude Cheysson: *Rien ne force la France à suivre l'OTAN*, in: *L'Humanité*, 26. März 1999, des CGT-Chefs Bernard Thibault: *Arrêter le processus de guerre*, in: *L'Humanité*, 26. März 1999 sowie von Alain Peyrefitte: *L'Heure de l'Europe européenne*, in: *Le Figaro*, 15. April 1999.

49 Dies wird auch im Parlamentsbericht sehr deutlich kritisiert, vgl. Quilès, Paul/Lamy, François: *Rapport d'Information sur le conflit du Kosovo*, Assemblée nationale N2022, Teil III: *Des démocraties modernes face à la guerre*, 15. Dezember 1999. In der Debatte vom 26. März 1999 sprach einzig Jean-Bernard Raimond vom RPR das Problem nicht an. Ein Zwischenruf von Pierre Lellouche vom RPR zur Rede von Robert Hue, in dem er auf 30 militärische Interventionen in der Zeit der V. Republik hinweist, die offensichtlich sämtlich ohne Parlamentsdebatte durchgeführt wurden, lässt vermuten, dass der RPR dieses Element des „parlamentarisme rationalisé“ nicht verändern mochte.

50 Quilès war zu dieser Zeit Präsident des Verteidigungsausschusses der Nationalversammlung.

51 Aubert (26.3.1999: 19): „Im Übrigen mischt sich in unsere Fassungslosigkeit auch der Zorn – Zorn darüber, in welcher Weise die Demokratie, unsere Demokratie, in dieser Angelegenheit missachtet worden ist.“

vorhergehenden nationalen Debatte. Des Weiteren wurden die schlechte Information des Parlaments und der Öffentlichkeit gerügt. Von linker Seite des politischen Spektrums betraf dies vor allem die Vertragsverhandlungen von Rambouillet,⁵² wichtige konservative und sozialistische Mitglieder des Verteidigungsausschusses kritisierten darüber hinaus die fehlenden Informationen über das finanzielle Engagements Frankreichs (vgl. Lellouche/Quilès 6.4.1999).

Aber der Krieg sei nicht nur illegal – so der Tenor in der realistisch-autonomen Diskursformation – er sei auch unmoralisch und unehrenhaft.⁵³ Es gehe gar nicht um Minderheitenrechte und den Schutz der Flüchtlinge, denn sonst hätte der Westen auch in der Türkei für die Kurden, in Russland zugunsten der Tschetschenen und in Israel zugunsten der Palästinenser eingreifen müssen. Die singuläre und selektive Fokussierung auf das Kosovo belege, dass in Wahrheit die Wahrnehmung amerikanischer Interessen im Vordergrund stehe.⁵⁴

Vielfach wurde auch betont, die Chancen der Verhandlungen im Vorfeld seien nicht genügend genutzt worden.⁵⁵ Der linke Leitartikler Eric Rouleau trieb das Argument weiter, indem er behauptete, die Verhandlungen von Rambouillet seien von den USA gesteuert, die UÇK von ihnen gekauft, und der Abkommensentwurf für Serbien bewusst unannehmbar formuliert worden.⁵⁶ Die Parteinahme der NATO zugunsten der UÇK mache ein zukünftiges Miteinander im Kosovo unmöglich und richte sich gegen die serbische Minderheit.⁵⁷ Charles Pasqua, prominenter Gaullist und ehemaliger Innenminister, ergänzte, Rambouillet wäre deshalb inakzeptabel für Jugoslawien gewesen, weil es den Keim der Unabhängigkeit für das Kosovo in sich

- 52 Vgl. Rouleau, Eric: *Errements de la diplomatie française au Kosovo*, in: *Le Monde diplomatique*, Dezember 1999, <http://www.monde-diplomatique.fr/1999/12/ROULEAU/12754> [30.12.2008].
- 53 Vgl. Interview mit Marie-France Garaud, in: *Parisien*, 12. April 1999, zit. n. Thenard, Jean Michel: *Les européennes se jouent au Kosovo. L'antiaméricanisme sert de caudère à tous les anti-européens*, in: *Libération*, 13. Mai 1999, S. 14.
- 54 Vgl. Vidal-Naquet, Pierre: *L'Europe, ce nain politique*, in: *L'Humanité*, 27. März 1999; ähnlich: Kahn, Jean-François: *Marianne part en guerre contre l'OTAN*, in: *Le Monde*, 31. März 1999; Ramonet, Ignacio: *Social-conformisme*, in: *Le Monde diplomatique*, April 1999, S. 1. Dieses Argument findet sich auch in Stellungnahmen von Politikern, die dem Einsatz im Ganzen gleichwohl zustimmten, vgl. etwa Ayrault (26.3.1999: 12).
- 55 Vgl. Muller, Michel: *Cette intervention illégale*, in: *L'Humanité*, 25. März 1999; desgleichen: Francis Wurtz, *responsable du département international du PCF, présente une alternative à la guerre*, in: *L'Humanité*, 8. April 1999; Bourdieu, Pierre: *Arrêt des bombardements, auto-détermination*, in: *Le Monde*, 31. März 1999. Auch dieses Argument brachten bürgerliche Politiker vor, die den Einsatz insgesamt befürworteten, vgl. etwa Goasguen (26.3.1999: 10).
- 56 Vgl. Rouleau, Eric: *Errements de la diplomatie française au Kosovo*, in: *Le Monde diplomatique*, Dezember 1999, <http://www.monde-diplomatique.fr/1999/12/ROULEAU/12754> [30.12.2008].
- 57 Vgl. de La Gorce, Paul-Marie: *Un recours à la force qui ignore le droit international*, in: *L'Humanité*, 25. März 1999.

getragen habe. Das Kosovo sei aber die Wiege Serbiens. Es stelle sich die Frage wie Frankreich reagieren würde, wollte man ihm Elsass-Lothringen wegnehmen.⁵⁸

Die Divergenzen innerhalb der Regierung wurden deutlich, als Innenminister Jean-Pierre Chevènement (MDC) vor einem Ministertreffen eine Denkschrift von Hans Magnus Enzensberger verteilte, die vor einem extremen Universalismus als „Allmachtsphantasie“ warnte.⁵⁹ Als der Deutsche sich aber öffentlich von Chevènements Aktion distanzierte,⁶⁰ zog sich der Innenminister aus der Debatte zurück.⁶¹

Ein weiterer Argumentationsstrang der anti-frappes thematisierte das Mittel der Politik – die Luftschläge. Dieses Vorgehen wurde als „Krieg“ gebrandmarkt und auf das Schärfste verurteilt.⁶² Zum einen führten die anti-frappes an, dass ein von außen aufgezwungener Krieg als „Alles-oder-nichts-Strategie“ immer ein schlechtes Mittel sei, einen gewaltsam ausgetragenen ethnischen Konflikt zu lösen.⁶³ Darüber hinaus seien Ziele und Folgen der „diplomatie B52“⁶⁴ unklar und eine Exit-Strategie fehlerhaft.⁶⁵ Der ehemalige Präsidentenberater Jacques Attali bezeichnete die Strategie als „Fiaskosovo“, die nur Verlierer hervorgebracht habe.⁶⁶ Jenseits dieses Arguments driftete die Kritik jedoch auseinander: Glaubten die einen, dass nur Verhandlungen geeignet seien, die verfahrenre Situation aufzulösen, stießen sich andere an der Inkonsequenz des Luftkriegs. Analytiker wie François Heisbourg, Pierre Hassner und Pascal Boniface, manche Intellektuelle, aber auch die französischen Grünen und einzelne Politiker fanden es unverständlich, dass man sich nicht wenigstens die Option offen gelassen habe, mit dem Einsatz von Bodentruppen zu drohen.⁶⁷ Auch

58 Vgl. Pasqua: *Chirac obscurit l'Horizon*, in: *L'Express*, 22. April 1999, S. 17. Der Herausgeber der Zeitschrift Marianne argumentierte ebenso, vgl. *Marianne part en guerre contre l'OTAN*, in: *Le Monde*, 31. März 1999.

59 Vgl. *Extrait de l'interview de Jean-Pierre Chevènement au sujet de la condamnation de Milošević par le Tribunal Pénal International*, La chaîne info, 27. Mai 1999, http://mrc92.free.fr/MDC_NAT/actualite/kosovo.html#kos27051 [20.12.2008] sowie Gilzmer, Mechthild: *Sterben für Kosovo?*, in: *Freitag*, 9. April 1999, S. 1.

60 Vgl. Enzensberger, Hans Magnus: *Les bizarreries d'une guerre*, in: *Libération*, 15. April 1999, S. 16.

61 Vgl. Viro, Pascal: *PCF et MDC lancent un tir de barrage contre la guerre au sol*, in: *Libération*, 22. April 1999, S. 16.

62 Vgl. Chemin, Ariane: *Robert Hue: cette guerre, c'est une connerie!*, in: *Le Monde*, 27. März 1999, S. 4.

63 Muller, Michel: *Cette intervention illégale*, in: *L'Humanité*, 25. März 1999; Rouleau, Eric: *Errements de la diplomatie française au Kosovo*, in: *Le Monde diplomatique*, Dezember 1999, <http://www.monde-diplomatique.fr/1999/12/ROULEAU/12754> [30.12.2008].

64 Gallo, Max/Pasqua, Charles: *Pas de paix sans indépendance de l'Europe*, in: *Le Monde*, 2. April 1999, S. 1.

65 Vgl. ebd. sowie Le général Cot: *Cette action va tout compliquer*, in: *L'Humanité*, 26. März 1999.

66 Vgl. Attali, Jacques: *Fiaskosovo*, in: *L'Express*, 22. April 1999, S. 16.

67 Vgl. *Je crains une retraite sans gloire. Entretien avec François Heisbourg*, in: *L'Express*, 1. April 1999, S. 52. Genauso Morin, Edgar: *Le désastre*, in: *Le Monde*, 23. April 1999, S. 1; Hassner (1999: 87); Boniface, Pascal: *Le réalisme et la morale*, in: *Le Monde*, 3. April 1999;

die Form des Luftkriegs als „postmoderner Krieg“ wurde stark kritisiert. Die Strategie der „Null Opfer“, ausgeführt von einer „Armee von Feiglingen“ gehe fehl.⁶⁸ An anderer Stelle argumentierte der Intellektuelle André Glucksmann, es sei peinlich, wenn die gleichen Alliierten die 1944 in der Normandie landen können, sich nicht in der Lage sähen, die Kosovaren zu retten. Zudem sei eine Bodenoffensive gleichermaßen die richtige Strategie gegen großserbische wie großalbanische Ansprüche.⁶⁹ Dem widersprach bspw. Christian Lambert, der vor einem „vietnam balkanique“ warnte und Bodentruppen ablehnte.⁷⁰

Wissenschaftler mit strategischer Expertise bemängelten auch, dass die westliche Politik ohne Not auf die Möglichkeit verzichtet hätte, mit der Unabhängigkeit des Kosovo zu drohen.⁷¹ Pascal Boniface gab gleichwohl zu bedenken, dass es für die Kosovaren selbstzerstörerisch gewirkt hätte, wäre ihnen die Unabhängigkeit versprochen worden. Schließlich sei der Westen nicht gewillt, die Mittel dafür aufzubringen, dies auch zu garantieren.⁷²

Ein weiterer Schwerpunkt der Kritik seitens der realistisch-autonomen Diskursformation bezog sich auf die Folgen der NATO-Intervention. Viele Kritiker hielten es zum einen für wahrscheinlich, dass sich die Situation im Kosovo durch die Luftschläge selbst verschlimmern würde. Sie sahen sich durch die Zunahme der Vertreibungen und der Gewalt nach Beginn der Angriffe bestätigt.⁷³ Zum anderen würde der wechselseitige Hass der Konfliktparteien weiter geschürt – „jede Bombe, jede Zerstörung und jedes weitere Opfer“ würde das extremistische Lager in Serbien stärken und die demokratischen Kräfte schwächen (Hue 26.3.1999: 28). Zudem stehe zu befürchten, dass Milošević intern gestärkt würde, weil die Angriffe die serbische Bevölkerung eher zusammenschweißten denn spalteten, und den serbischen Nationalismus noch weiter anstachelten.⁷⁴ Diese interne Stärkung ginge mit einem

Ferron, André et al.: *L'indispensable défaite de Milošević*, in: Le Monde, 7. April 1999; Joxe, Alain: *Rectifier une incohérence au Kosovo*, in: Le Monde, 3. April 1999; Madelin, Alain: *Sommes nous prêts à nous battre?*, in: Le Monde, 1. April 1999, S. 18; Les Verts: *Guerre au Kosovo*, Communiqué à la presse, 28. März 1999, http://lesverts.fr/article.php3?id_article=1980&var_recherche=interposition [30.12.2008]; Thibault, Paul: *La mauvaise guerre*, in: L'Express, 22. April 1999, S. 32.

68 Glucksmann, André: *Une guerre postmoderne*, in: L'Express, 29. April 1999, S. 32.

69 Vgl. Glucksmann, André: *La banalité du pire*, in: L'Express, 15. April 1999, S. 30; Glucksmann, André: *Le moment ou jamais*, in: L'Express, 4. April 1999, S. 37.

70 Lambert, Christian: *Pas de Vietnam balkanique!*, in: Le Monde, 2. April 1999.

71 Vgl. Guéhenno, Jean Marie et al.: *L'indépendance du Kosovo comme arme de guerre*, in: Le Monde, 31. März 1999.

72 Vgl. Boniface, Pascal: *Le réalisme et la morale*, in: Le Monde, 3. April 1999.

73 Vgl. Mouvement des Citoyens: *Communiqué du secrétariat exécutif du MDC*, 31. März 1999; Zarka, Pierre: *Que faire d'autre*, in: L'Humanité, 31. März 1999; Hue (26.3.1999: 27); Bourdieu, Pierre: *Arrêt des bombardements, autodétermination*, in: Le Monde, 31. März 1999; Todd, Olivier: *QG OTAN recherche Clausewitz*, in: Le Monde, 3. April 1999.

74 Vgl. Clayer, Nathalie: *Les ravages du simplisme*, in: Le Monde, 1. April 1999, S. 18; Bonté, Jean-Christophe: *Note sur la question du Kosovo*, Mouvement des Citoyens, http://mrc92.free.fr/MDC_NAT/positions/posinter_kosonote.html [30.12.2008]. Diese Befürchtung wurde

Gesichtsverlust des jugoslawischen Staatschefs vor der internationalen Gemeinschaft einher, was seine Rückkehr an den Verhandlungstisch zusätzlich erschweren würde.⁷⁵ Dem französischen Präsidenten und dem Premierminister wurde vorgeworfen, mit dem Luftkrieg sich widersprechende Ziele zu verfolgen: Einerseits betreibe man die Ablösung Miloševićs, andererseits solle genau dieser die Vereinbarungen von Rambouillet unterzeichnen.⁷⁶ Schließlich wurde darauf hingewiesen, dass die Angriffe den Panslawismus Russlands noch weiter stärken würden. Sie seien auch deshalb im Sinne der Schaffung einer zukünftigen Weltordnung kontraproduktiv.⁷⁷ Die transatlantische Dimension der Luftschläge sei umso schädlicher, als sie gegen Russland gerichtet sei.⁷⁸ Einhellig wurde bemängelt, dass die wichtigen Institutionen UN, OSZE und EU auf Kosten der NATO, die ihre Existenzberechtigung nach dem Ende des Kalten Krieges sichern wolle, beschädigt würden.⁷⁹

2.1.3 Die Reaktion der pro-frappes – die neue Diskurshegemonie

Ungeachtet der scharfen Kritik in den vier Wochen nach Beginn der Luftschläge machten bereits die Redebeiträge im Parlament am 26. März 1999 deutlich, dass bis auf die Kommunisten und den MDC alle übrigen Parteien den Einsatz unterstützten. Die Regierungsparteien wollten die Angelegenheit nicht weiter politisieren, um ihre Regierungsbeteiligung nicht zu gefährden.⁸⁰ Zu dieser Ausgangslage kamen zwei weitere Aspekte hinzu: Zum einen schalteten sich Präsident Jacques Chirac (durch Fernsehansprachen) und Premierminister Lionel Jospin (durch Parlamentsansprachen und Interviews) in den Diskurs ein. Zum anderen wurden die anti-frappes ihrerseits durch andere Intellektuelle aus den Reihen der Nouveaux Philosophes um André Glucksmann, Bernard-Henri Lévy, Pascal Bruckner und Alain Finkielkraut

von wichtigen Diskursträgern aus dem bürgerlichen Lager geteilt, vgl. bspw. Giscard d'Estaing (26.3.1999: 23).

- 75 Vgl. Le général Cot: *Cette action va tout compliquer*, in: L'Humanité, 26. März 1999; vgl. auch Bourdieu, Pierre: *Arrêt des bombardements, autodétermination*, in: Le Monde, 31. März 1999.
- 76 Vgl. Thibault, Paul: *La mauvaise guerre*, in: L'Express, 22. April 1999, S. 32. Auch Pierre Lellouche (6.4.1999: 4) zeigte sich über diese Inkonsequenz sehr verwundert.
- 77 Vgl. Muller, Michel: *Cette intervention illégale*, in: L'Humanité, 25. März 1999. Diese Befürchtung teilten auch Politiker, die den Luftschlägen im Ganzen positiv gegenüberstanden, vgl. bspw. Aubert (26.3.1999: 18).
- 78 Vgl. Thibault, Paul: *La mauvaise guerre*, in: L'Express, 22. April 1999, S. 32.
- 79 Vgl. Bonté, Jean-Christophe: *Note sur la question du Kosovo*, Mouvement des Citoyens, http://mrc92.free.fr/MDC_NAT/positions/posinter_kosonote.html [30.12.2008].
- 80 So forderte der RPR wegen der unterschiedlichen Meinung von PS und PCF zur Kosovopolitik bereits den Rücktritt der PCF-Minister aus der Regierung, vgl. Bresson, Gilles: *La droite se déchaîne contre Jospin. Ses 'députés dénoncent le 'grand écart' gouvernemental sur le Kosovo*, in: Libération, 1. April 1999, S. 4.

vehement attackiert.⁸¹ Auch die große Mehrheit der außenpolitischen Berater war sich in der Unterstützung der Regierung einig. Zusammen repräsentierten sie die idealistische Diskursformation, die nunmehr an der Seite der realistisch-europäischen gegen die realistisch-autonome Formation Stellung bezog.

Die französischen Entscheidungsträger verhehlten nicht, dass sie die Entwicklung der Ereignisse bis hin zum Einsatz der NATO bedauerten. Gleichwohl teilten sie die gemeinsam in der Kontaktgruppe getroffenen Entscheidungen und trugen die fünf dort formulierten Bedingungen auch in der innergesellschaftlichen Diskussion vor (vgl. Jospin 27.4.1999; Chirac 21.4.1999). Staatspräsident Chirac (28.1.1999) zeigte sich mit dem britischen Premierminister Blair darin einig, dass es darum gehe, eine erneute menschliche Tragödie zu verhindern. Darüber hinaus sei die Stabilität der Region bedroht, was wiederum den Frieden auf dem Kontinent und damit langfristig auch die eigene Sicherheit infrage stelle (vgl. ebd.; 24.3.1999; 26.3.1999; Richard 24.3.1999).

Während Außenminister Védrine (7.4.1999) auch nach dem Beginn der Luftoperationen dabei blieb, dass die Gewaltexzesse im Kosovo auf das Konto beider Konfliktparteien gingen, setzten sich der Premierminister und noch klarer der Präsident von dieser Lesart ab. In seiner Rede vor der AN erinnerte Jospin (26.3.1999) an die zahlreichen vergeblichen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, positiv auf die Konfliktparteien einzuwirken. Alle politischen Mittel seien erschöpft, und dafür sei allein Milošević verantwortlich (vgl. ebd.; Autorités françaises 24.3.1999). Chirac (6.4.1999) wurde noch deutlicher: Es handle sich im Kosovo um eine „monstrueuse opération d'épuration ethnique planifiée et conduite avec le plus grand cynisme et la plus grande cruauté par le régime serbe“. Einem solchen Regime müsse Einhalt geboten werden. „Es reicht!“, so der Präsident in einer Fernsehansprache (29.3.1999). Nicht nur von der Regierung, sondern auch von den Fraktionen in der Nationalversammlung wurde er in dieser Hinsicht deutlich unterstützt.⁸²

Die Vertreter der idealistischen Diskursformation zogen jetzt vermehrt Analogien zu den vorherigen Konflikten auf dem Balkan. Aus dem Krieg in Bosnien und den Massakern in Vukovar, Sarajevo, Srebrenica und Račak müssten Lektionen gelernt werden (vgl. Dejammet 24.3.1999; Chirac 26.3.1999; Moscovici 19.1.1999).⁸³

81 Die Kritik stieß sich vor allem an den Einlassungen des ehemaligen Mitterrand-Beraters Régis Debray: *L'Europe somnambule*, in: *Le Monde*, 1. April 1999. Vgl. auch Debray, Régis: *Lettre d'un voyageur au président de la République*, in: *Le Monde* 13. Mai 1999. Vgl. hierzu die scharfen Erwidern von Bernard-Henri Lévy: *Adieu, Régis Debray*, in: *Le Monde*, 14. Mai 1999; Alain Finkelkraut: *Régis Debray, ou les aveuglements de l'intelligence*, in: *Le Monde*, 4. April 1999 sowie Canivez, Patrice: *Lettre d'un citoyen ordinaire à un professeur de médiologie*, in: *Le Monde*, 16. Mai 1999.

82 Vgl. die Redebeiträge von Claude Goasguen, Jean-Marc Ayrault, Jean-Bernard Raimond, Marie-Hélène Aubert und Giscard d'Estaing in der Debatte vom 26. März 1999, Séance du 26 Mars 1999: *Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration*, *Compte rendu intégral*.

83 Vgl. auch: Finkelkraut, Alain: *Régis Debray, ou les aveuglements de l'intelligence*, in: *Le Monde*, 4. April 1999.

Jospin (26.3.1999) machte klar, dass er nicht bereit sei, der Eskalation der Gewalt tatenlos zuzusehen: „Si la force sans le droit c'est toujours la tyrannie, le droit sans la force c'est l'impuissance.“ Es ginge im Kosovo nicht mehr um einen internationalen Konflikt, sondern um eine nationale Frage, die an die Fundamente einer Nation rühre (vgl. 27.4.1999: 454).

Ein Beiseitestehen, so auch Präsident Chirac (12.4.1999), folge dem „Geist von München“ und wäre feige. Es handle sich im Kosovo um einen „gerechten Krieg“.⁸⁴ Frankreich drohe nichts Geringeres als „seine Seele zu verlieren“; deshalb sei die Beteiligung des Landes an den Luftschlägen ein „combat de l'honneur“ (26.4.1999; Alliot-Marie 27.4.1999). Er selbst habe die Konfliktparteien in Rambouillet noch eindringlich beschworen, auf eine Politik der Aussöhnung einzuschwenken, wie sie Deutschland und Frankreich beispielhaft für Europa vorgelebt hätten (vgl. Chirac 6.2.1999).⁸⁵ Das serbische Regime stelle sich mit seiner Politik der Barbarei aber nunmehr „sur notre sol, notre continent“, gegen Europa, gegen die Idee der Demokratie und gegen die europäische „certaine idée de l'homme“ (24.3.1999, 3.5.1999, 10.6.1999; Jospin 26.3.1999). Die Aktionen gegen Serbien besäßen eine neue Qualität, die den Einsatz über traditionelle Erwägungen hinweg heben würden: „[...] le combat [...] est exemplaire. Il n'est pas fondé dans les arrières pensées économiques ou stratégiques, mais sur une conception de la morale et de l'honneur des nations“ (Chirac 3.5.1999).⁸⁶

Chirac (12.4.1999) gab aber noch ein weiteres Motiv für die Beteiligung an den Luftschlägen an:

„notre détermination militaire et notre engagement humanitaire s'inscrivent dans une perspective plus large, dans une véritable vision politique et diplomatique. Ce qui est en cause, c'est l'équilibre même de notre continent.“⁸⁷

Diese Begründung war auch für den RPR-Vorsitzenden Philippe Séguin die einzige, die er zur Rechtfertigung der NATO-Intervention gelten ließ.⁸⁸ Der Erste Sekretär der PS, François Hollande, sah ebenfalls dieses Motiv gleichauf mit den humanitären Zielen.⁸⁹ Chirac (10.6.1999) betonte, dass sich die französische Politik in eine größere Vision einfüge,

84 So der Wohnungsbau- und frühere Außenminister Hervé de Charette (27.4.1999: 17).

85 Diese Analogie hatte der Präsident bereits ein Jahr früher in einer Rede in Bosnien-Herzegowina verwendet, vgl. Chirac (7.4.1998).

86 „[...] der Kampf [...] ist beispielgebend. Er gründet sich nicht auf ökonomische oder strategische Hintergedanken, sondern auf eine moralische Konzeption und die Ehre der Nationen.“

87 „[...] unsere militärische Entschlossenheit und unser humanitäres Engagement fügen sich ein in eine größere Perspektive – eine wahre politische und diplomatische Vision. Worum es wirklich geht, ist der Erhalt des Gleichgewichts auf unserem Kontinent.“

88 Zit. n. Mondonnet, Eric: *Kosovo: Nuances à droite*, in: L'Express, 8. April 1999, S. 16. Das Argument liegt auf einer Linie mit Paul Thibault, der die „rhétorique de diabolisation“ als nicht ausreichend befand. Nur geopolitische Gründe könnten ein Eingreifen des Westens rechtfertigen, vgl. Thibault, Paul: *La mauvaise guerre*, in: L'Express, 22. April 1999, S. 32.

89 Vgl. Hollande, François: *L'Europe de la défense, une exigence*, in: Libération, 10. April 1999, S. 13.

„[...] une certaine vision de monde, que nous voulons multipolaire, c'est-à-dire composé de grands ensembles vivant en harmonie, l'Europe étant l'un des ces grands ensembles, pour ne pas dire le premier de ces grands ensembles.“⁹⁰

Einen weiteren Streitpunkt bildeten die Ziele und Mittel eines militärischen Eingreifens. Die Regierung argumentierte, die Luftschläge hätten einzig das Ziel, das serbische Regime zum Einlenken zu bewegen. Das serbische Volk sei nicht Ziel der Angriffe (vgl. Jospin 26.3.1999, 4.6.1999). Vor diesem Hintergrund gab Verteidigungsminister Alain Richard (30.3.1999) einerseits vor, die Intervention verfolge keine militärischen Ziele. Andererseits – so Lionel Jospin (27.4.1999: 449) – sollte sie die militärischen Kräfte der Serben einschränken. In jedem Falle gelte es, zivile Opfer so weit wie möglich zu vermeiden (vgl. Kelche 30.3.1999). Einige Wochen nach Beginn der Luftschläge sah Präsident Chirac (3.5.1999) keinen Spielraum mehr für Verhandlungen: Belgrad sei nicht mehr vertrauenswürdig. Er forderte eine Fortsetzung der Luftangriffe bis zur „bedingungslosen Kapitulation“ (10.6.1999). Auch François Hollande (27.4.1999) machte in der Nationalversammlung klar, dass eine Rückkehr zum Status quo einer Anerkennung der ethnischen Säuberungen gleichkommen würde. Eine Alternative zum Weiterführen der Luftschläge läge nur im Einsatz von Bodentruppen. Giscard d'Estaing (26.3.1999: 24-25) mahnte aber an, die Luftschläge sollten vom Verhalten der serbischen Verbände im Kosovo abhängig gemacht werden. Staatspräsident Chirac (26.3.1999) betonte – hier etwa auch mit der französischen katholischen Kirche im Gleichklang – es gehe nicht um die Frage von Luftschlägen oder Frieden, sondern um die Frage von Luftschlägen jetzt oder Krieg später.⁹¹ Milošević würde nachgeben wenn zwei Bedingungen einträten, nämlich Russland in das westliche Lager zurückkehren und Serbien vollständig isoliert werden würde (10.6.1999).

Was den Einsatz von Bodentruppen anging, zeigten sich die Regierungsvertreter skeptisch. Jospin (27.4.1999) gab vier Aspekte zu bedenken: Erstens müsse Frankreich mit eigenen Opfern rechnen. Zweitens hätte jeder Bodenkrieg einen Einmarsch in Belgrad zur logischen Folge. Drittens drohe hierdurch eine weitere Destabilisierung des Balkan und viertens schließlich wäre das Verhältnis des Westens zu Russland auf lange Zeit zerrüttet. Verteidigungsminister Richard (27.3.1999) hielt sich während der NATO-Operationen in dieser Streitfrage zurück. Außenminister Védrine (7.4.1999) erachtete einen Einsatz von Bodentruppen nicht für sinnvoll. Jacques Chirac (10.6.1999) beteuerte im Nachhinein, einen Einsatz nie ernsthaft erwogen zu haben. Stattdessen, so der Staatspräsident, hätte er es bevorzugt, wenn auch die Luftschläge unter einem Mandat der UN hätten durchgeführt werden können. Sie seien aber trotzdem legitim gewesen, da sie offensichtlich darauf abzielten, einen

90 „[...] Eine gewisse Vision der Welt, die wir multipolar wünschen, bestehend aus großen Zusammenschlüssen, die untereinander in Harmonie leben. Europa würde einer diese Zusammenschlüsse sein, um nicht zu sagen, der erste dieser Zusammenschlüsse.“

91 Vgl. auch Delaporte, Jacques: *Imposer la paix pour les armes*, in: *Le Monde*, 5. April 1999, S. 1.

Frieden zu erzwingen (26.3.1999). Parteiübergreifend herrschte Konsens, dass die Stationierung einer Streitmacht der Legitimation durch den UN-Sicherheitsrat bedürfe (vgl. Hollande 27.4.1999: 8; Alliot-Marie 27.4.1999: 12). In Fachkreisen wurde argumentiert, die Sicherheitsratsresolutionen 1199 und 1203 genügen zwar nicht einer strikten Legalitätsanforderung, doch ließe die Schwere der vorliegenden Menschenrechtsverletzungen ein Eingreifen ausnahmsweise legitim erscheinen:

„[...] le 'nettoyage ethnique' était suffisamment grave pour motiver une conduite d'exception. Et – deuxième point – l'intervention était faisable. Si nous pouvions intervenir, nous devons intervenir“ (Hassner 1999: 83).⁹²

Die Kosovo-Krise sollte aus Sicht der Regierung gleichfalls genutzt werden, die europäische Verteidigungspolitik weiterzuentwickeln (vgl. Alliot-Marie 27.4.1999: 11; Léotard 25.4.1999; Goasguen 26.3.1999: 8). Dahinter stand primär aber nicht die Absicht, die Fähigkeit für autonome Militäroperationen zu erlangen, sondern sich in diplomatischen Verhandlungen mit einer eigenen Konzeption gegenüber den USA behaupten zu können (vgl. Jospin 8.6.1999: 229-230). Europa, so der Vorsitzende der Liberaldemokraten Alain Madelin (DL), trage als „Gendarm der Werte und Prinzipien“ besondere Verantwortung und müsse über ihre Einhaltung wachen.⁹³

Der heftigen Kritik an der Rolle der Vereinigten Staaten in vielen Debattenbeiträgen wurde von Regierungsseite kaum begegnet. Außenminister Védrine (20.4.1999: 384) bezeichnete die Darstellung, die USA hätten den Europäern ihre Strategie aufgezwungen jedoch für „nicht exakt“. Europäer und Amerikaner seien schlicht zu denselben Schlussfolgerungen gelangt. Präsident Chirac (10.6.1999: 247) betonte den Anteil Frankreichs an den Luftschlägen und hob den französischen Einfluss auf die Auswahl und Art der Angriffsziele hervor. Dem Vorwurf von der Dominanz der USA und europäischer Hörigkeit wurde vor allem von intellektueller Seite entgegengetreten. So beklagte Pascal Bruckner eine euphemisierende und relativierende Geisteshaltung gegenüber den Verbrechen auf dem Balkan. Bei allen Differenzen zu den USA müsse man doch konstatieren, dass die Interessen des Westens in Bezug auf Jugoslawien dieselben seien: „Oui, mille fois oui, l'ordre occidental plutôt que l'ordre serbe.“⁹⁴ André Glucksmann setzte den antiamerikanischen Ausflüssen lakonisch entgegen: „Merci l'Amérique“.⁹⁵ Premierminister Jospin (27.4.1999: 450) reagierte auf die Kritik des „suivisme“ immerhin dahingehend, dass er sich für eine „ausgeglichenere“ NATO stark machen wolle. Einhellig betonten Regierungsvertreter wie auch die Parlamentsfraktionen die wichtige und unabdingbare Rolle, die Russland für eine Konfliktlösung spiele (vgl. 26.3.1999).

92 „[...] die ‚ethnischen Säuberungen‘ waren schwerwiegend genug für ein außergewöhnliches Verhalten. Und – zweiter Punkt – eine Intervention war durchführbar. Wenn wir intervenieren konnten, mussten wir intervenieren.“ Vgl. auch *Je crains une retraite sans gloire. Entretien avec François Heisbourg*, in: L'Express, 1. April 1999, S. 52.

93 Zit. n. Mandonnet, Eric: *Kosovo: Nuances à droite*, in: L'Express, 8. April 1999, S. 16.

94 Bruckner, Pascal: *Pourquoi cette rage anti-américaine?*, in: Le Monde, 7. April 1999; ähnlich: Ferron, André et al.: *L'indispensable défaite de Milošević*, in: Le Monde, 7. April 1999.

95 Glucksmann, André: *Merci l'Amérique*, in: L'Express, 17. Juni 1999, S. 26.

Die französische Eigenwahrnehmung war von der Vorstellung geprägt, dass Frankreich stets engagiert versucht habe, die Probleme im Kosovo zu lösen (vgl. ebd.). Frankreich, so Premierminister Jospin (8.6.1999: 230), habe Russland im Rahmen der G8 zurück an den Verhandlungstisch gebracht. Chirac (10.6.1999) führte aus, dass Frankreich in der Krise seinen Rang gewahrt, von allen europäischen Staaten das größte Engagement gezeigt, eine entscheidende Rolle für eine politische Lösung gespielt, sich durch eine aktive und intelligente Diplomatie ausgezeichnet und seine Großzügigkeit gegenüber den Flüchtlingen unter Beweis gestellt habe. Sein Premierminister resümierte: „[...] que le soutien de l'opinion, la lucidité, le réalisme des Français ont été précieux“ (Jospin 8.6.1999).

2.2 Auswertung

2.2.1 Identität und Verhalten

In der Verhaltensanalyse wurde herausgearbeitet, dass sich die Kontinuitätsaspekte der französischen Außenpolitik durch ein proaktives Engagement, die steti-ge Unterstützung der UN und der Kontaktgruppe sowie durch das Festhalten an einer neutralen Vermittlerrolle charakterisieren lassen. Diese Kontinuitätsaspekte können durch den Identitätsansatz sehr gut verständlich gemacht werden. So wird das durchweg aktive Engagement vor dem französischen Identitätselement *Frankreich als Großmacht* ebenso verständlich wie im Lichte seines nationalen Sendungsbewusstseins (*Bewahrung Frankreichs als nation*). Die französische Unabhängigkeit von den Politiken der USA und Russlands wurde mit dem Identitätselement *Europa als Gegengewicht* gerechtfertigt. Die französische Präferenz für kleine „Direktorien“, wie den Sicherheitsrat oder die Kontaktgruppe, wird aus der Kombination dieser beiden Aspekte – größtmögliche Einflussnahme bei größtmöglicher Unabhängigkeit – plausibel. Beide Motive waren in den zunächst koinzident ähnlich argumentierenden realistischen Diskursformationen präsent. Sie veranlassten Frankreich, Selbstbindungen möglichst zu meiden und die Rolle eines neutralen Vermittlers zu bevorzugen. Diese, vor allem von Außenminister Védrine durchgeführte Politik, wurde in jener ersten Phase nicht diskursiv herausgefordert. Der Diskurs war noch geschlossen, die Diskurshegemonie *uncontested*. Védrines Rhetorik bezog sich zugleich auf das Identitätselement *Frankreich als Teil eines europäischen Gegengewichts*: Paris fand sich situativ mit anderen europäischen Großmächten (Deutschland, Großbritannien) zusammen, um eigenständige Initiativen zu lancieren und einen „europäischen Stil“ zu prägen. Die Einbeziehung Russlands wurde stets betont, um einerseits die Interesseneinheit der Großmächte unter Beweis zu stellen, und andererseits die Hegemonie der USA zu balancieren. Das Identitätselement *Frankreich als Teil einer europäischen Schicksalsgemeinschaft* wurde hingegen kaum verwendet. Das Argumentationsmuster, dass den Balkanstaaten der Weg nach Europa ermöglicht werden müsse, machte schließlich deutlich, dass der Balkan noch

exklusiv verstanden wurde: die Region lag im französischen Diskurs noch außerhalb des politischen Europa.

Nach dem Scheitern der diplomatischen Bemühungen schwenkte Frankreich auf die Unterstützung einer von der NATO geführten, militärischen Aktion um. Es verlor damit zugleich ein Gutteil seiner initiativen Rolle in der ersten Phase des Konflikts. Die Kontinuität der französischen Außenpolitik geriet ins Wanken. Ihr Wandel resultierte dabei keineswegs aus eigenen Überlegungen, sondern war von außen erzwungen, mithin reaktiv.⁹⁶ Das unkooperative Verhalten Belgrads machte die von Paris favorisierte neutrale Vermittlerrolle zusehends unhaltbar. Die USA, Großbritannien und Deutschland waren bereit, härter gegen Milošević vorzugehen. Zu allem Überfluss blockierte Russland die von Frankreich präferierten Institutionen – den Sicherheitsrat und die Kontaktgruppe. Die Beschränktheit der eigenen Mittel verstellte den Weg zu einer unilateralen Politik, sie hätte Frankreich und den französischen Einfluss marginalisiert.

Der Beginn der Luftschläge markiert zugleich den Wendepunkt der *uncontested identity*: Die Regierung geriet unter massiven Rechtfertigungszwang. Dabei entstammten die Kritiker des Angriffs auf Serbien den Reihen der „üblichen Verdächtigen“ aus der realistisch-autonomen Diskursformation, verlief doch die Scheidelinie zwischen Befürwortern und Gegnern der Intervention ähnlich wie im Fall des Maastricht-Referendums. Die Kritik an den Luftschlägen fußte vor allem auf einer stärkeren Akzentuierung der Identitätselemente *Frankreich als Großmacht* und *Europa als Gegengewicht*. Status und Einfluss Frankreichs könnten eher durch ein Beiseitestehen sichergestellt werden als durch eine Kriegsteilnahme; Serbien als historischer Verbündeter müsse weiterhin unterstützt werden. Eine Schwächung Jugoslawiens würde auch eine Schwächung des französischen Einflusses in der Region nach sich ziehen. Die Regierung konterte dies zunächst mit einem realistisch-europäischen Argumentationsmuster, das die Ereignisse im Kosovo mit den eigenen Sicherheitsinteressen verknüpfte: Eine weitere Eskalation der Gewalt im Kosovo würde das Flüchtlingsproblem verschärfen und die Gefahr eines Großalbanien heraufbeschwören, was die Region vollständig destabilisieren würde. Damit wäre das Gleichgewicht in Europa dahin, und somit auch die Sicherheit Frankreichs bedroht. Diese Kausalargumentation entbehrte nicht einer gewissen Dialektik: Frankreich bombardierte Serbien, um ein Großalbanien zu verhindern.

Die Argumentation der Vertreter der realistisch-autonomen Diskursformation betete sich in eine Konfliktwahrnehmung ein, die einen ethnischen Bürgerkrieg diagnostizierte und beide Seiten gleichermaßen für die Gewalt verantwortlich machte. Damit befand sie sich auf einer Linie mit dem Außenminister. Die anti-frappes argumentierten, Frankreich zeige sich schwach, wenn es den USA und der NATO folge. Wahre Stärke hätte darin gelegen, eine Gegenkoalition zu den USA zu organisieren. Die pro-frappes der realistisch-europäischen Diskursformation konterten

96 Dies war auch schon für die Bosnien-Kriege und die Anerkennungsphase typisch, vgl. Maull/Stahl (2002).

diesen Einwand mit drei Argumentationsmustern. Erstens laufe er der weitgehend un widersprochen gebliebenen Regierungsrhetorik (und den Erfahrungen) des Jahres 1998 zuwider, die immer wieder die Einigkeit der Großmächte betont hatte. Zweitens habe Frankreich seine tragende Rolle während der Luftschläge in der militärischen Beteiligung, aber auch im Einfluss auf Zielart und Zielauswahl klar bewiesen. Drittens werde hierdurch glaubhaft, dass die Rolle Paris' stark und distinkt zu jener Washingtons war.

Die Hauptlinie der realistisch-autonomen Argumentation stellte auf die Isolation Russlands und die Fügsamkeit Frankreichs gegenüber den USA ab. Sie bezog sich damit stärker auf das Element *Europa als Gegengewicht*. Das Identitätselement wurde mit unspezifischen antiamerikanischen Sentenzen aufgeladen und verstärkt. Die USA und ihre Außenpolitik wurden in extremer Form abgewertet.⁹⁷ Die Interessen- und Wertedivergenzen zwischen den USA und Frankreich wurden hervorgehoben und mit den Konfliktparteien in Verbindung gebracht: die USA als Freund der UÇK, Frankreich als historischer Verbündeter Serbiens.

Das Identitätselement *Frankreich als Teil des Westens* wurde im gesamten Diskurs nicht verwendet. Dass die amerikanischen Werte durch den Konflikt in ganz ähnlicher Weise herausgefordert sein könnten wie die französischen, blieb auch bei den pro-frappes außen vor. Vielmehr, so das Argument, handelten Frankreich und die USA schlichtweg deshalb übereinstimmend, weil Einigkeit wichtig sei, um den Konflikt zu lösen und die Interessen in dieser Hinsicht komplementär seien. Mit anderen Worten: Die führenden Diskurssträger der realistisch-europäischen Diskursformation stellten die angeblich anrühige Motivlage der Amerikaner nicht infrage. Vielmehr wurden die eigenen distinkten Ziele und Werte betont und die Interessenkonvergenz als kontingent und instrumentell dargestellt. Dass sich die NATO als entscheidende Institution erwiesen hatte, bedauerten auch die pro-frappes. Zugleich wurde der obstruktiven Haltung Russlands Verständnis entgegengebracht und dessen Rückkehr in den Kreis der Koalition beständig in Aussicht gestellt. Auf das Identitätselement des *Europa als Gegengewicht* nahmen die Interventionsbefürworter in der Regierung dadurch Bezug, dass sie stets von „den Drei“ (USA, Russland und Europa) sprachen. „Europa“ wurde zudem für bilaterale Initiativen in variabler Geometrie vereinnahmt. Die Gegenvision eines sozialdemokratischen, politisch links und gegen die USA orientierten Europa verfiel nicht. Aufgrund der Cohabitation ließ sich der Parteienzwist schlecht instrumentalisieren. Somit konnte die Identitätskonstruktion eines *Europa als Gegengewicht* trotz des militärischen Einsatzes an der Seite der USA verteidigt werden. Dies bot wenig Angriffsfläche für die Argumentation der anti-frappes.

Desgleichen wurde von den Vertretern der realistisch-autonomen Diskursformation – in der Fortführung der Védrine'schen Argumentation – den USA ein generell kriegerischer, aggressiver Politikstil, Europa und Frankreich jedoch ein friedlicher, neutraler und verhandlungsorientierter Stil zugeschrieben. Dies war insofern über-

97 Vgl. zum Antiamerikanismus in der Debatte: Lukic (2000) und Bruckner (1999).

zeugend, als sich Frankreich eben diesen Stil 1998 selbst zugesprochen, ihn positiv herausgestrichen und auch immer wieder den Eindruck erweckt hatte, damit erfolgreich zu sein (Rambouillet). Es nimmt daher nicht Wunder, dass die Situation im März 1999 von vielen Kritikern als „nicht ausverhandelt“ interpretiert wurde. Der Übergang zu militärischen Mitteln erschien überstürzt und wenig durchdacht. Da sich Frankreich das Scheitern der eigenen Politik nie eingestand, konnte der drastische Positionswechsel leicht auf den Einfluss der „Hypermacht“ USA zurückgeführt werden. Zudem gab es einen offensichtlichen Widerspruch in der Regierungsrhetorik: Wenn die Staatengemeinschaft wirklich so einig war, wieso gab es dann das Legitimitätsproblem der Luftschläge?

2.2.2 Identität und Diskurs

Die Kritik an den Luftschlägen stand in der Kontinuität der Vorkriegsrhetorik der Regierung. Dies machte es den führenden Diskursträgern der Regierung zunächst schwer, die Argumentation zu erwidern. Während Außenminister Védrine nach Beginn der Intervention recht hilflos argumentierte, steuerte Premierminister Jospin gegen, indem er die Bemühungen der Staatengemeinschaft um eine friedliche Lösung – und das Scheitern dieser Bemühungen – ausführlich hervorhob. Er legte dies aber eben nicht der Uneinigkeit der internationalen Gemeinschaft, sondern dem serbischen Regime zur Last. Während Védrine und Jospin jedoch im Wesentlichen den Argumenten der realistisch-europäischen Diskursformation verhaftet blieben, machte sich der Staatspräsident idealistische Argumentationsmuster zu eigen:

Nicht das serbische Volk, sondern nur das verbrecherische Regime in Belgrad, genauer: nur Milošević sei für die Konflikte im Kosovo verantwortlich. Mit diesem rhetorischen Kunstgriff nahm der Präsident von einem in der französischen Elite dominierenden Konfliktbild Abschied, das die Ursache für die Konflikte auf dem Balkan in historisch beladenen, hochkomplexen ethnischen Differenzen, vermischt mit Machtpolitik gesucht hatte. Dadurch konnte er zum einen an die Argumentationslinie der serbisch-französischen Freundschaft anknüpfen, zum anderen aber die Militäraktionen gegen das Regime rechtfertigen.⁹⁸ Chirac strich auch heraus, dass sich eine Nation wie Frankreich, die sich der Verteidigung der Menschenwürde verschrieben hätte, angesichts der Ereignisse im Kosovo nicht schweigen dürfe. Es gelang ihm, die Emotionen der Fernsbilder mit einem abstrakten moralischen Prinzip und damit mit dem Identitätselement der *Bewahrung Frankreichs als nation* zu verknüpfen. Dieses Argumentationsmuster sicherte er mit einem Bezug zu

98 Diese Deutung wird auch durch den Besuch Chiracs in Serbien bestätigt, als der Staatspräsident sich an Ehrbezeugungen zugunsten der Opfer der Bombenangriffe beteiligte. Präsident Koštunica hob seinerseits hervor, „[...] die Qualität und die Langlebigkeit der französisch-serbischen Beziehungen“ werde „die Wandlungen der Politik und der Diplomatie immer überstehen“, zit. n. Wiegand, Michaela: *Freundschaft, die von Herzen kommt*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Dezember 2001, S. 4.

Frankreich als Teil der europäischen Schicksalsgemeinschaft ab, indem er den Balkan jetzt inklusiv konstruierte: Jugoslawien und die gesamte Region gehörten zu Europa. Die Exzesse geschähen nicht irgendwo, sondern „bei uns“; ein Nichtstun sei somit unmöglich. Bereits bei seinem Besuch in Bosnien 1998 hatte der Staatspräsident auf das aus seiner Sicht entscheidende Motiv der Versöhnung für die Integration Europas hingewiesen, das auf einem *Europa als Schicksalsgemeinschaft* fuße.

Diese identitäre Neubearbeitung mit einem Balkan in Europa war nicht ohne Risiko. Sie stand im Gegensatz zur bisher konsensualen Wahrnehmung des Konfliktes als eines ethnischen Bürgerkriegs in einer Region, die immer schon anders gewesen sei als der Rest Europas. Als Priština in eine Reihe mit Vukovar, Sarajevo und Srebrenica gestellt wurde, stellte sich die Frage, wieso die französische Politik nicht bereits früher entsprechend reagiert hatte. Zudem hatte sich das serbische Regime noch in den Bosnien-Kriegen und in Dayton hoher Achtung erfreut, und in der Regierungsrhetorik war dem serbischen Regime nie die Schuld für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens gegeben worden. Die argumentative Chance, diese Inkonsistenzen aufzudecken, blieb seitens der anti-frappes allerdings ungenutzt. Denn zum einen mochten sie kein positiv aufgeladenes Europa-Bild erzeugen, zum anderen die Neuinterpretation der Geschichte nicht in diesem Sinne thematisieren.

Mit seiner Anspielung an „München 1938“ belebte Präsident Chirac zusätzlich die Erinnerung an ein schmerzliches Kapitel westlicher Politik, in dem auch Frankreich als Großmacht versagt und Hitler nicht rechtzeitig Einhalt geboten hatte. In dieser Sichtweise stellten die Luftschläge keine Eskalation dar, sondern trugen dazu bei, sie zu vermeiden. Dieses Argumentationsmuster entwickelte große Überzeugungskraft. Es verband moralische Werte, historische Erfahrungen, aktuelle Medienberichterstattung und das Argument sicherheitspolitischer Notwendigkeiten. Der verstärkte Bezug auf die Identitätselemente *Bewahrung Frankreichs als nation* und *Frankreich als Teil der europäischen Schicksalsgemeinschaft* erwies sich als erfolgreich, da so die realistisch-europäische mit der idealistischen Diskursformation erfolgreich fusionieren konnte.

Die Interventionsgegner suchten die Anbindung an das Identitätselement der *Bewahrung der nation* nur vereinzelt. Zum einen wiesen sie darauf hin, dass die demokratischen Kräfte in Russland und Serbien in Folge der Luftschläge geschwächt würden, was man als Demokratie nicht zulassen dürfe. Zum anderen apostrophierten sie die Verletzung der Souveränität eines unabhängigen Staates als „unmoralisch“. Auch hierbei wurde auf die Grundprinzipien der französischen Nation angespielt. Ergänzend suggerierten sie schließlich ein Gefühl der Ehrverletzung, indem sie an die „Heldentaten“ der serbischen Nation an der Seite Frankreichs in Zeiten der *Bewahrung* erinnerten. Diese Argumente wurden jedoch durch die Chirac'sche Unterscheidung von Regime und Volk gekontert. Kurz: Dem Präsidenten gelang es mit Hilfe des Premierministers sowie der Nouveaux Philosophes, den außenpolitischen Verhaltenswandel identitär abzusichern.

2.2.3 Diskurshegemonie

Die niedrige Wahlbeteiligung von 47 Prozent bei der Europawahl im Juni 1999 spricht nicht dafür, dass die Bevölkerung die Wahl als Protest gegen die Kosovopolitik der Regierung verstanden hat. Als stärkste Partei gingen die Sozialisten mit 22 Prozent aus dem Urnengang hervor; sie hatten die Kosovo-Intervention befürwortet. Die Ergebnisse der Europawahlen belegen jedoch die immer noch große Anziehungskraft realistisch-autonomer Argumente im französischen Diskurs. Zählt man die Stimmen der „autonomen Realisten“ zusammen (soverainistische Gaullisten und Bürgerliche, Kommunisten und Trotzisten sowie Rechtspopulisten), ergeben sich ca. 40 Prozent. Berücksichtigt man darüber hinaus, dass sich auch in den übrigen Parteien noch einige Prozent anti-frappes „versteckten“ – etwa bei den Grünen (9,8 Prozent) und der MDC innerhalb der PS – so haben fast die Hälfte der Franzosen bei der Europawahl Parteien und Gruppierungen ihre Stimme gegeben, die eine französische Beteiligung an den Luftschlägen ablehnten.

Die konkreten Umfrageergebnisse sprechen jedoch für den Erfolg der Regierungsrhetorik. Trotz heftiger Kritik einiger Intellektueller und Politiker an dem aus ihrer Sicht willfährigen Kurs gegenüber den USA, verzeichnete die Regierung eine sehr hohe Zustimmung seitens der Bevölkerung: Am 8./9. April 1999 zeigten sich 79 Prozent der Befragten mit der Kosovopolitik Chiracs zufrieden, 73 Prozent mit jener von Jospin.⁹⁹ Für Jacques Chiracs idealistische Wende spricht auch, dass ihm im Vergleich zum Premierminister (32 Prozent) größere Teile der Bevölkerung (47 Prozent) Vertrauen schenkten.¹⁰⁰ Die breite gesellschaftliche Unterstützung wurde auch in der Frage des Einsatzes von Bodentruppen deutlich. Am 29. März 1999 unterstützten bereits 58 Prozent der Befragten einen solchen Einsatz, sollten sich die Luftschläge als nicht ausreichend erweisen. In einer Umfrage am 22. April¹⁰¹ waren dies 63 Prozent. 64 Prozent sahen die bisherige Strategie als verfehlt an. Allerdings glaubten zu diesem Zeitpunkt auch noch 42 Prozent (gegen 56 Prozent) an eine Verhandlungslösung mit Milošević. Zwei Drittel der Befragten erteilten einer Verallgemeinerbarkeit des Prinzips der „humanitären Intervention“ eine Absage. Die Cohabitation erhielt gute Noten, denn 59 Prozent waren der Ansicht, dass sich Frankreich verstärkt in die Krise eingebracht habe.

Die Regierungsrhetorik – und so auch die „idealistische Wende“ – war erfolgreich, denn die Bevölkerung hieß in ihrer Mehrheit den Kurs der Regierung in der Kosovo-Frage gut. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Wahrnehmung des

99 Vgl. Barbier, Christophe et al.: *La politique à l'heure du Kosovo*, in: L'Express, 15. April 1999, S. 28-30, hier: S. 30.

100 Barbier, Christophe et al.: *Kosovo. La cohabitation à l'épreuve du feu*, in: L'Express, 1. April 1999, S. 14-15.

101 Mandonnet, Eric: *Kosovo: les Français inquiets*, in: L'Express, 22. April 1999, S. 14-15.

Konflikts und seiner Ursachen.¹⁰² Die Kritik, Frankreich sei innerhalb der NATO nicht mehr wahrnehmbar, wurde nur von wenigen geteilt. In Bezug auf mögliche militärische Lösungen „überholte“ die Bevölkerung ihre Regierung gewissermaßen sogar – denn im Gegensatz zu letzterer hielt sie auch Bodentruppen mehrheitlich für akzeptabel.

Literatur

a. Primärquellen

Alliot-Marie, Michèle (RPR): *Redebeitrag in der Nationalversammlung, Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration*, 27. April 1999, Compte rendu intégral, <http://www.assemblee-nationale.fr/11/cri/html/19990219.asp#03621> [30.12.2008].

Aubert, Marie-Hélène (Les Verts/Groupe Radical, Citoyen et Vert, RCV): *Redebeitrag in der Nationalversammlung, Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration*, 26. März 1999, Compte rendu intégral, <http://www.assemblee-nationale.fr/11/cri/html/19990203.asp> [30.12.2008].

Autorités françaises: *Communiqué des autorités françaises*, Paris, 24. März 1999, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, Mars 1999, S. 195.

Ayrault, Jean-Marc (PS): *Redebeitrag in der Nationalversammlung, Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration*, 26. März 1999, Compte rendu intégral, <http://www.assemblee-nationale.fr/11/cri/html/19990203.asp> [30.12.2008].

Chirac, Jacques (RPR)

(7.4.1998): *Discours de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de sa visite officielle en Bosnie-Hércegovine*, Sarajevo, 7. April 1998.

(28.1.1999): *Communiqué conjoint du président de la République, M. Jacques Chirac, et du Premier ministre britannique, M. Tony Blair*, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, Février 1999, S. 213.

(6.2.1999): *Réunion de Rambouillet. Discours du président de la République, M. Jacques Chirac*, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, Février 1999, S. 213.

(24.3.1999): *Déclaration du président de la République, M. Jacques Chirac*, Berlin, 24. März 1999, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, Mars 1999, S. 195-196.

(26.3.1999): *Discours du président de la République, M. Jacques Chirac, lors de la réception en l'honneur du corps préfectoral – Extraits*, Paris, 26. März 1999, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, Mars 1999, S. 208.

(29.3.1999): *Allocution radiotélévisée du président de la République, M. Jacques Chirac*, Paris, 29. März 1999, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, S. 224.

(6.4.1999): *Intervention radiotélévisée du président de la République, M. Jacques Chirac, sur l'évolution de la situation au Kosovo*, Paris, 6. April 1999, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, Avril 1999, S. 276.

102 Allerdings machen Fortmann/Viau (2000: 105) mit Bezug auf Umfragen des Economist vom 10. April 1999 darauf aufmerksam, dass das Niveau der Zustimmung je nach Umfrage differierte.

- (12.4.1999): *Intervention radiotélévisée du président de la République, M. Jacques Chirac, sur l'évolution de la situation au Kosovo*, Paris, 12. April 1999, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, Avril 1999, S. 323-324.
- (21.4.1999): *Intervention radiotélévisée du président de la République, M. Jacques Chirac, sur l'évolution de la situation au Kosovo*, Paris, 21. April 1999, <http://www.elysee.fr/cgi-bin/aura.com/aurw.../file=discours/1999/KOSO9904.html> [20.2.2002].
- (3.5.1999): *Intervention radiotélévisée du président de la République, M. Jacques Chirac, sur l'évolution de la situation au Kosovo*, Paris, 3. Mai 1999, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, Mai 1999, S. 10-11.
- (10.6.1999): *Entretien du président de la République, M. Jacques Chirac, avec TF1*, Paris, 10. Juni 1999, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, Juin 1999, S. 246-250.
- de Charette, Hervé (Parti Populaire pour la Démocratie Française/UDF): *Redebeitrag in der Nationalversammlung, Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration*, 27. April 1999, *Compte rendu intégral*, http://www.assemblee-nationale.fr/11/cri/html/1999_0219.asp#03621 [30.12.2008].
- Dejammet, Alain: *Intervention du Alain Dejammet, représentant permanent de la France aux Nations unies*, New York, 24. März 1999, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, Mars 1999, S. 197.
- Giscard d'Estaing, Valéry (UDF): *Redebeitrag in der Nationalversammlung, Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration*, 26. März 1999, *Compte rendu intégral*, <http://www.assemblee-nationale.fr/11/cri/html/19990203.asp> [30.12.2008].
- Goasguen, Claude (DL/UDF): *Redebeitrag in der Nationalversammlung, Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration*, 26. März 1999, *Compte rendu intégral*, <http://www.assemblee-nationale.fr/11/cri/html/19990203.asp> [30.12.2008].
- Hollande, François (PS): *Redebeitrag in der Nationalversammlung, Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration*, 27. April 1999, *Compte rendu intégral*, <http://www.assemblee-nationale.fr/11/cri/html/19990219.asp#03621> [30.12.2008].
- Hue, Robert (PCF): *Redebeitrag in der Nationalversammlung, Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration*, 26. März 1999, *Compte rendu intégral*, <http://www.assemblee-nationale.fr/11/cri/html/19990203.asp> [30.12.2008].
- Jospin, Lionel (PS)
- (26.3.1999): *Redebeitrag in der Nationalversammlung, Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration*, 26. März 1999, *Compte rendu intégral*, <http://www.assemblee-nationale.fr/11/cri/html/19990203.asp> [30.12.2008].
- (6.4.1999): *Intervention du Premier ministre, M. Lionel Jospin, à l'Assemblée nationale, lors des questions d'actualité à l'Assemblée nationale*, Paris, 6. April 1999, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, Mars 1999, S. 208-211.
- (27.4.1999): *Intervention du Premier ministre, M. Lionel Jospin, à l'Assemblée nationale, lors des questions d'actualité à l'Assemblée nationale et Réponse du Premier ministre aux questions des parlementaires lors du débat*, Paris, 27. April 1999, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, Avril 1999, S. 448-457.
- (4.6.1999): *Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, à l'issue du Conseil Européen de Cologne*, abgedr. in: *Politique Etrangère de la France, Textes et Documents*, Juin 1999, S. 188.

- (8.6.1999): *Intervention du Premier ministre, M. Lionel Jospin, à l'Assemblée nationale sur la situation au Kosovo*, Paris, 8. Juni 1999, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Juin 1999, S. 227-230.
- Kelche, Jean-Pierre: *Conférence de presse du chef d'état-major des armées, le Général Kelche, Propos introductifs*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Mars 1999, S. 245.
- Kouchner, Bernard (Parti Radical de Gauche, PRG): *Entretien du secrétaire d'Etat à la santé, M. Bernard Kouchner, avec France 3*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Avril 1999, S. 261.
- Lellouche, Pierre/Quilès, Paul: *La Commission de la Défense nationale et des Forces armées et la Commission des Affaires Etrangères*, Audition de M. Hubert Védrine et M. Alain Richard sur la situation au Kosovo, 6. April 1999, Compte rendu Nr. 27, <http://www.assemblee-nationale.fr/11/cr-cdef/98-99/c9899027.asp#TopOfPage> [30.12.2008].
- Léotard, François (Parti Républicain/UDF): *Discours au Conseil national de Paris*, 25. April 1999, <http://www.udf.org/discours/index.htm> [15.3.2002].
- Moscovici, Pierre (PS): *Réponses du ministre de la Défense, M. Alain Richard, à plusieurs questions d'actualité à l'Assemblée nationale*, Paris, 19. Januar 1999, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Janvier 1999, S. 83-84.
- Quilès, Paul (PS): *Redebeitrag in der Nationalversammlung*, Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration, 27. April 1999, Compte rendu intégral, <http://www.assemblee-nationale.fr/11/cr/html/19990219.asp#03621> [30.12.2008].
- Raimond, Jean-Bernard (RPR): *Redebeitrag in der Nationalversammlung*, Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration, 26. März 1999, Compte rendu intégral, <http://www.assemblee-nationale.fr/11/cr/html/19990203.asp> [30.12.2008].
- Richard, Alain/Védrine, Hubert (PS): *Conférence de presse conjointe du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, et du ministre de la Défense, M. Alain Richard*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Novembre 1998, S. 34-42.
- Richard, Alain (PS)
- (24.3.1999): *Réponse du ministre de la Défense, M. Alain Richard, à une question d'actualité à l'Assemblée nationale*, Paris, 24. März 1999, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Mars 1999, S. 196-197.
- (27.3.1999): *Entretien du ministre de la Défense, M. Alain Richard, avec le journal Le Figaro*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Mars 1999, S. 219.
- (30.3.1999): *Réponse du ministre de la Défense, M. Alain Richard, à une question d'actualité à l'Assemblée nationale*, Paris, 30. März 1999, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Mars 1999, S. 239.
- Rossi, José (DL/UDF): *Redebeitrag in der Nationalversammlung*, Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration, 27. April 1999, Compte rendu intégral, <http://www.assemblee-nationale.fr/11/cr/html/19990219.asp#03621> [30.12.2008].
- Schwartzberg, Roger-Gérard (Parti Radical de Gauche, PRG/Groupe Radical, Citoyen et Vert-RCV): *Redebeitrag in der Nationalversammlung*, Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration, 27. April 1999, Compte rendu intégral, <http://www.assemblee-nationale.fr/11/cr/html/19990219.asp#03621> [30.12.2008].
- Védrine, Hubert (PS)
- (3.3.1998): *Entretien du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine avec LCI*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Mars 1998, S. 19.

- (7.3.1998): *Participation du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, au Grand Forum, Canal Plus – Extraits*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Mars 1998, S. 37-40.
- (9.4.1998): *Audition du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, devant la commission des Affaires étrangères de l'Assemblée nationale*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Aril 1998, S. 174-176.
- (11.5.1998): *Attitude de la France. Réponse du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, à une question écrite à l'Assemblée nationale*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Mai 1998, S. 68.
- (11.6.1998): *Réponse du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, à une question écrite au Sénat*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Juni 1998, S. 271-272.
- (29.7.1998): *Entretien du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine avec France Inter*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Juillet 1998, S. 84-86.
- (4.8.1998): *Visite au Danemark. Conférence de presse conjointe du ministre étrangères, M. Hubert Védrine et du ministre danois des Affaires étrangères, M. Niels Helved Petersen – Extraits*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Aout 1998, S. 96.
- (2.10.1998): *Entretien du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine avec France Inter*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Octobre 1998, S. 205-207.
- (8.10.1998): *Audition du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, devant la Commission des Affaires étrangères de l'Assemblée nationale*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Octobre 1998, S. 246-248.
- (13.10.1998): *Entretien du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec Radio France internationale*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Octobre 1998, S. 250-263.
- (19.1.1999): *Entretien du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec le quotidien Le Parisien*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Janvier 1999, S. 75-76.
- (21.1.1999): *Situation dans les Balkans. Réponse du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, à une question d'actualité au Sénat*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Janvier 1999, S. 96.
- (28.1.1999): *Séminaire des ambassadeurs français et italiens dans les Balkans. Conférence de presse conjointe du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, et du ministre italien des Affaires étrangères, M. Lamberto Dini – Propos du ministre*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Janvier 1999, S. 140-142.
- (10.2.1999): *Intervention du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, sur France 3*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Février 1999, S. 241-242.
- (22.2.1999): *Entretien du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine avec RFI*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Février 1999, S. 315.
- (19.3.1999): *Entretien du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec RMC*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Mars 1999, S. 164-165.
- (7.4.1999): *Entretien du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec France 3*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Avril 1999, S. 288-289.
- (20.4.1999): *Audition de M. Hubert Védrine, M. Alain Richard et de Charles Josselin devant la Commission des Affaires étrangères de l'Assemblée nationale sur la situation au Kosovo*, abgedr. in: Politique Etrangère de la France, Textes et Documents, Avril 1999, S. 381-387.

b. Sekundärliteratur

- Aron, Raymond (1956): *Esquisse historique d'une grande querelle idéologique*, in: Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques 80, S. 1-23.
- Bruckner, Pascal (1999): *L'Amérique diabolisée*, in: *Politique Internationale* 84:3, S. 99-114.
- Carcassonne, Guy (1997): *Le premier ministre et le domaine dit réservé*, in: *Pouvoirs* 83, S. 65-74.
- Cohen, Samy/Clarke, Michael (1990): Decision-making in Foreign Policy, in: de La Serre, Françoise/Leruez, Jacques/Wallace, Helen (Hg.): *French and British Foreign Policies in Transition*, New York et al.: Berg Publishers, S. 204-228.
- Dieterich, Sandra/Hummel, Hartwig/Marschall, Stefan (2007): *Zusammenhänge zwischen parlamentarischer Macht in der militärischen Sicherheitspolitik und der Beteiligung am Irakkrieg 2003 in 25 europäischen Staaten. A Survey of Involvement of 15 European States in the Iraq War 2003*, PAKS Working Paper 10, Düsseldorf, http://paks.uni-duesseldorf.de/Dokumente/paks_working_paper_10.pdf [10.1.2009].
- Elgie, Robert/Griggs, Steven (2000): *French Politics. Debates and controversies*, London/New York: Routledge.
- Eyal, Jonathan (1993): *Europe and Yugoslavia: Lessons from a Failure*, London: Sherrens Printers.
- Fortmann, Michel/Viau, Hélène (2000): A Model Ally? France and the US During the Kosovo Crisis of 1998-99, in: Haglund, David (Hg.): *The France-US Leadership Race: Closely Watched Allies*, Kingston: Queen's Quaterly, S. 87-110.
- Giersch, Carsten (1998): *Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991-1995: die Rolle von OSZE, EU, UNO und NATO*, Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Gow, James (1997): *Triumph of the Lack of Will: International Diplomacy and the Yugoslav War*, London: C. Hurst & Company.
- Hassner, Pierre (1999): *Le Barbare et le Bourgeois. Entretien avec Pierre Hassner*, in: *Politique Internationale* 84:3, S. 82-98.
- Hazareesingh, Sudhir (1994): *Political Traditions in Modern France*, Oxford et al.: Oxford University Press.
- Hoffmann, Stanley (1996): Yugoslavia: Implications for Europe and for European Institutions, in: Ullman, Richard (Hg.): *The World and Yugoslavia's Wars*, S. 97-121.
- Hüser, Dietmar (2000): Französische Parteien zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert – Aufbruch der Tradition und Grenzen des Wandels, in: Ruß, Sabine et al. (Hg.): *Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik*, Opladen: Leske und Budrich, S. 15-35.
- Kempf, Udo (1997): *Von de Gaulle bis Chirac. Das politische System Frankreichs*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kessler, Marie-Christine (1999): *La politique étrangère de la France: acteurs et processus*, Paris: Presses de Science Po.
- Kimmel, Adolf (1983): *Die Nationalversammlung der V. französischen Republik*, Köln/Bonn/München: Heymann Verlag.
- Kimmel, Adolf (1997): Die institutionellen und verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen der französischen Sicherheitspolitik, in: Maull, Hanns/Meimeth, Michael/Neßhöver, Christoph (Hg.): *Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Opladen: Leske und Budrich, S. 20-36.
- Kintis, Andreas (1997): The EU's Foreign Policy and the War in Former Yugoslavia, in: Holland, Michael (Hg.): *Common Foreign and Security Policy: The Record and Reforms*, London: Pinter, S. 148-173.

- Koslowski, Gerd (1995): *Die NATO und der Krieg in Bosnien-Herzegowina: Deutschland, Frankreich und die USA im internationalen Krisenmanagement*, Vierow bei Greifswald: SH-Verlag.
- Lamizet, Bernard/Debras, Sylvie (2001): France: Questions of Identity, in: Weymouth, Anthony/Henig, Stanley (Hg.): *The Kosovo Crisis. The Last American War in Europe?*, London et al.: Pearson Education, S. 106-121.
- Lukic, Reneo (2000): *L'antiaméricanisme des opposants à la participation française à la guerre contre la RFY*, in: *Revue Etudes Internationales* 31:1, S. 135-164.
- Mauß, Hanns/Stahl, Bernhard (2002): *Durch den Balkan nach Europa? Deutschland und Frankreich in den Jugoslawienkriegen*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 43:1, S. 82-111.
- Mazzucelli, Colette (1997): *France and Germany at Maastricht: Politics and Negotiations to Create the European Union*, New York: Garland.
- Michels, Patrick (1996): *La France face aux déclarations d'interdépendance slovene et croate*, in: *Revue d'Etudes Comparatives Est-Ouest*, 27. September, S. 75-101.
- Nuttall, Simon (2000): *European Foreign Policy*, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Schubert, Klaus (1989): *Im Zeichen des Euro-Gaullismus. Ein neuer Pragmatismus*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 20:4, S. 545-560.
- Schwirz, Wolfgang (1995): *Die Rolle der Europäischen Union und der Vereinten Nationen im Jugoslawien-Konflikt*, in: *Politische Studien* 46 (3), S. 12-32.
- Stahl, Bernhard (2003): *Französische Außenpolitik – Zwischen Initiative und Verweigerung*, in: Joerßen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 98-121.
- Stahl, Bernhard (2006): *Frankreichs Identität und außenpolitische Krisen. Verhalten und Diskurse in der Uruguay-Runde des GATT und im Kosovokrieg*, Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Stahl, Bernhard (2007): *Bedrohung versus Chance – „Europa“ in den außenpolitischen Diskursen Frankreichs*, in: Deutsch-Französisches Institut (Hg.): *Frankreich Jahrbuch 2006*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 145-182.
- Tardy, Thierry (1999): *French Policy towards Peace Support Operations*, in: *International Peacekeeping* 6:1, S. 55-78.
- Weber-Panariello, Philippe (1995): *Nationale Parlamente in der Europäischen Union. Eine rechtsvergleichende Studie zur Beteiligung nationaler Parlamente an der innerstaatlichen Willensbildung in Angelegenheiten der Europäischen Union im Vereinigten Königreich, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Zadra, Dirk (1997): *Der Wandel des französischen Parteiensystems. Die "présidentiabiles" in der V. Republik*, Opladen: Leske und Budrich.